

4-STUNDEN-LIGA

**Mayday
Dokumentation
2021**



www.4hour-league.org



www.facebook.com/4stundenLiga



www.instagram.com/4hour.league



KASSEL

info@4hour-league.org

BERLIN

4hl@riseup.net

NRW

4-stunden-liga-nrw@riseup.net

Inhalt

1. Mai in Kassel

Demoaufruf	6
Begrüßung	8
4-Stunden-Liga	11
Gruppe d.o.r.n.	15
Feminism Unlimited Kassel	18
Frauen&QueersStreik	21
Women Defend Rojava	24
Friday For Future	27
JuFo DIG	29
Solidarische Erwerbsloseninitiative Kassel	33
Die Linke Kassel / Thorsten Felstehausen	37

2. Mai in Berlin

Aufruf	44
4-Stunden-Liga	46
Linksjugend Solid	50
4-Stunden-Liga	52
SDAJ Berlin	54
Frauen*- und Kiezkommune Wedding	57
Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung	61
Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung	63

Lock Work Down.

Für eine solidarische Corona-Politik. Radikale Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Am 1. Mai demonstrieren wir für eine solidarische Corona-Politik, weil gesellschaftliche Solidarität mehr umfasst als die Beschränkung sozialer Kontakte im Privaten!

Demonstration:

1. Mai 2021, ab 12:00 Uhr, Treffpunkt: Opernplatz, Kassel.

Warm Up:

Ab 10:30 Uhr Kundgebung des DGB auf dem Königsplatz.

Diese Pandemie führt uns tagtäglich die Verletzbarkeit des menschlichen Lebens vor Augen. Zeitgleich bekommen wir überdeutlich demonstriert: Für die Aufrechterhaltung »unserer Wirtschaft«, wie die Sicherung der Unternehmensprofite gerne genannt wird, sind Staat und Kapital bereit, über Menschenleben zu gehen. Denn: Die Infektionszahlen steigen, die Intensivstationen sind nahezu voll und die Zahl der an Covid-19 Verstorbenen nimmt weiter zu. Sämtliche Warnungen und Hilferufe der im Gesundheitswesen tätigen Kolleg:innen und ihrer Verbände werden ignoriert. Während jede Begegnung, jeder Kontakt im Privaten zur Gefahr erklärt wird, wird die wirkungsvolle Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der Wirtschaft weitgehend in das Belieben der Unternehmen gestellt, so dass gut 40 Millionen Beschäftigte jeden Tag ihrer Arbeit nachgehen müssen und sich und andere in Gefahr bringen.

Für einen Teil von uns bedeutet Arbeiten unter Pandemiebedingungen Homeoffice, in dem es mal stressiger, mal entschleunigt zugeht. Die Möglichkeit zur Heimarbeit hängt von der beruflichen Tätigkeit ab: Je höher die Qualifikation der Beschäftigten, desto eher ist Homeoffice möglich. Wer nicht von zu Hause arbeiten kann, fährt mit den Öffis zur Arbeit und trifft dort seine Kolleg:innen. Die Gefahr für Gesundheit und Leben ist eine Klas-

senfrage. Unabhängig von der beruflichen Stellung tragen Frauen weiterhin die Hauptlast der unbezahlten Reproduktionsarbeit und sind auch im Homeoffice längst am Rande der Belastbarkeit angelangt. Die Pandemie und ihre politische Bearbeitung trifft diejenigen am härtesten, die auch vorher schon verwundbarer waren und unter dem kapitalistischen Normalbetrieb in besonderer Weise gelitten haben: Arme, Migrant:innen, Geflüchtete und Arbeitslose.

Derweil wird das Kapital mit milliardenschweren Hilfspaketen aus öffentlichen Geldern gestützt und damit die privilegierte gesellschaftliche Position von Unternehmer:innen gesichert, um auch nach der Pandemie Gewinne auf dem Rücken der Beschäftigten zu machen. Gleichzeitig werden viele Menschen damit beschäftigt sein, aus der finanziellen Notlage rauszukommen, in die sie durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit geraten sind. Die ganze Unsicherheit lastet auf den Beschäftigten.

Dagegen fordern wir eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen und insbesondere dort, wo gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird: in den Krankenhäusern, in der Pflege, in Lebensmittelgeschäften, in den Kitas. Mehr Lohn! Mehr Personal! Weniger Arbeitszeit! Gewährleistung von wirkungsvollem Infektionsschutz! Einen effektiven Schutz der verletzbarsten gesellschaftlichen Gruppen. Schließlich die sofortige Stilllegung gesellschaftlich nicht notwendiger Arbeit bei vollem Lohnausgleich! Lock Work Down!

Am internationalen Kampftag der Arbeiter:innenklasse rufen wir dazu auf, gemeinsam solidarisch für eine andere Politik zu demonstrieren

Für eine Pandemiebekämpfung, die diesen Namen verdient hat, fordern wir daher: Lock Work Down! Für eine solidarische Corona-Politik. Radikale Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Für die Demo gilt: Maskenpflicht, Abstand halten, achtet auch unsere Durchsagen. Und testet Euch nach Möglichkeit.

Begrüßung

Liebe Kolleg:innen,
Liebe Genoss:innen,
Liebe Zuhörende,

ich möchte Euch sehr herzlich im Namen der Organisator:innen zu dieser Demonstration begrüßen. Ich freue mich sehr, dass ihr so zahlreich hierher gefunden habt. Als Mitglied der 4-Stunden-Liga werde ich uns moderierend durch diese Demonstration führen.

Eine starke, kraftvolle linke Demonstration zum 1. Mai ist in diesem Jahr vielleicht noch wichtiger als in den Jahren zuvor. Denn die selbsternannten Quer-Denker:innen dominieren seit einigen Monaten das Geschehen auf den Straßen. Ihre Missachtung jeglicher medizinischen Vernunft gefährdet aktiv Menschenleben. Ihre autoritäre und demokratiefeindliche, antisemitische und verschwörungsphantastische Weltsicht erfährt durch ihre Demonstrationen stetigen Auftrieb. Während wir uns als Linke unbedingt und entschlossen gegen diese Formierung einer neuen autoritären Bewegung stellen müssen, sehen wir zugleich, dass die großen Parteien eine Pandemie-Politik voranpeitschen, die zuvorderst und an erster Stelle die Interessen des Kapitals schützt. Die Beschäftigten werden dem lebensgefährlichen Infektionsrisiko durch Covid-19 weitestgehend ungeschützt ausgesetzt und arbeiten unter massiv erschwerten Bedingungen, während es uns verboten ist, nach 22 Uhr zu zweit das Haus zu verlassen. Doch das Virus geht nicht nachts spazieren, es geht tagsüber arbeiten!

Als Linke ist es besonders jetzt unsere Aufgabe diesen verschiedenen Formen der Menschenverachtung entgegen zu treten. Sowohl der Menschenverachtung, die in Alu-Hüten zu esoterischen Klängen an der Seite von Neonazis marschiert, als auch jener Verachtung gegenüber den Menschen, die wirtschaftliche Interessen und den Profit über unsere körperliche Verletzbarkeit und über unsere Bedürfnisse stellt. Gegen die autoritären Tendenzen und

gegen die Profitorientierung stehen wir ein für eine solidarische Corona-Politik. Unter anderem fordern wir hierzu am heutigen Tag: Eine massive Verbesserung der Arbeitsbedingungen überall dort, wo gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, in den Kitas, in den Krankenhäusern, in den Lebensmittelgeschäften. Wirkungsvoller Infektionsschutz! Mehr Lohn! Mehr Personal! Weniger Arbeitszeit! Schließlich: Eine sofortige Stilllegung gesellschaftlich nicht notwendiger Arbeit! Lock work down!

Weil unsere Aufgabe, eine linke, an den menschlichen Bedürfnissen orientierte Utopie in die Realität zu tragen, mit der Pandemie nur größer und nicht kleiner geworden ist, freue ich mich umso mehr, dass sich auf dieser Demonstration ein breites Bündnis zusammengefunden hat. Der inhaltliche Teil der Demonstration wird von vielen verschiedenen Gruppen getragen – unter anderem von Gruppen, die eine dezidiert feministische und eine ökologische Perspektive auf die aktuelle Situation werfen. Allen Beteiligten möchte ich schon jetzt für ihren Beitrag zu dieser Demonstration danken. Die Demonstration findet mit Unterstützung der Linkspartei statt, wofür ich dieser ausdrücklich und sehr herzlich danken will.

Wir beginnen hier mit unserer ersten Kundgebung und werden dann über Zwischenstationen am Ständeplatz und den Karl-Marx-Platz in den Vorderen Westen gehen und in der Goetheanlage unsere Abschlusskundgebung abhalten.

Um einen möglichst hohen medizinischen Schutz zu gewährleisten, möchte ich alle dringend dazu auffordern, Masken zu tragen – bestenfalls FFP2-Masken. Wer keine Maske dabei hat, kann sich gerne bei uns am Lautsprecherwagen eine abholen. Achtet bitte auch dringend auf die Einhaltung von Abständen. Damit es zu keinen Irritationen kommt, bitte ich auch diejenigen, die bereits geimpft sind, darum, eine Maske zu tragen. Alle, die sich im Sinne von Erkältungssymptomen krank fühlen, bitte ich darum, die Demonstration zu verlassen.

Von Seite der Organisator:innen möchte ich abschließend sagen, dass ich uns allen wünsche, dass wir auf der heutigen Demonstration Kraft sammeln – Kraft für die Auseinandersetzungen,

die uns bevorstehen. Wir blicken dabei auch zurück auf die vergangenen Kämpfe unserer Genoss:innen. Sie haben – teils unter Gefahr für ihr Leben - dem Kapital das abgetrotzt, das uns heute manchmal selbstverständlich scheint. Und sie hielten ihre Utopie von einer besseren Welt und ihre Solidarität auch dann noch wach, als die Welt um sie herum dunkler wurde. Ein Hoch auf den 1. Mai! Es lebe die antinationale Arbeiter:innen-Bewegung!



Lock Work Down.

Für eine solidarische Corona-Politik.

4-Stunden-Liga

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Genoss:innen,

in der Pandemie wird uns tagtäglich die Verletzbarkeit des menschlichen Lebens vor Augen geführt. Und ebenso wird uns vor Augen geführt, dass Staat und Kapital bereit sind, für die Sicherung von Profiten und Renditen über Menschenleben zu gehen. Während jede Begegnung im Privaten zur Gefahr erklärt wird, wird die wirkungsvolle Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes weitgehend in das Belieben der Unternehmen gestellt.

In einigen Betrieben müssen die Kolleg:innen auf Pausen verzichten, um die Arbeitszeit wieder reinzuholen, die durch die paar Minuten Coronatestzeit verlorengelassen. Bei Amazon dürfen die Beschäftigten keine FFP2-Masken tragen, um medizinisch erforderliche Pausenzeiten zu verhindern. Im Daimlerwerk in Rastatt darf sich die Belegschaft nach einem Corona-Ausbruch nicht in der werkseigenen Teststation auf Corona testen lassen. Aus Angst vor Produktionsausfällen hat es die Konzernspitze im Falle von Infektionen untersagt, Arbeitskolleg:innen gegenüber den Gesundheitsbehörden als Kontaktperson zu nennen.

Wir haben im Vorfeld des 1. Mai einen Brief von Oberbürgermeister Geselle bekommen, in dem wir gebeten wurden, die Demonstration aufgrund der Infektionslage abzusagen. Aber wo sind die Briefe aus der Politik, wenn Hygienebestimmungen in den Betrieben geschliffen werden? Wo sind die Arbeitsschutzkontrolleur:innen, wo sind die gesetzlichen Regelungen für einen effektiven Schutz der Beschäftigten? Es gibt sie nicht. Auch deswegen müssen wir am 1. Mai für eine solidarische Corona-Politik demonstrieren und daher fordern wir: LOCK

WORK DOWN! Ausgangssperre für's Kapital!

AZVK und systemrelevante Berufe

Die Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind und welche nicht. Die Arbeit der Kolleg:innen im Sozial- und Erziehungsbereich, im Reinigungssektor und im Pflege- und Gesundheitssektor ist gesellschaftlich unverzichtbar! Ebenso wurde für alle sichtbar, wie sehr die Kolleg:innen in diesen kaputtgesparten Bereichen mit schlechten Arbeitsbedingungen und mit schlechter Entlohnung zu kämpfen haben. Ein Intensivpfleger aus der Berliner Charité erzählte mir nach einer Woche Nachtschicht: „Letzte Woche sind 12 Kolleg:innen positiv getestet worden. Trotzdem wurde gestern ein neuer Flügel der Intensivstation geöffnet, den wir noch ganz nebenbei bespielen sollen. Heute bin ich zum Dienst gekommen und nach einer Stunde war die Hälfte der Patient:innen tot.“ 150 Euro Corona-Prämie hat er für seine Arbeit bekommen - brutto. „Das ist der blanke Hohn“, sagt er. Und weiter: „Wenn der Scheiß vorbei ist, können wir uns erstmal kollektiv einen Psychiater wegen posttraumatischer Belastungsstörung suchen.“

Kaum jemand will heute noch im Pflegesektor arbeiten und die, die dort arbeiten, halten es angesichts der Belastungen nicht mehr aus. Wir haben es geradezu mit einem Pflexit zu tun, mit einer Flucht der Pflegekräfte. Wir müssen jetzt gemeinsam mit den Kolleg:innen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir müssen dem Pflegebereich zu der Anerkennung verhelfen, die seinem gesellschaftlichen Stellenwert gerecht wird und das heißt: Bessere Löhne, mehr Personal, weniger Arbeitszeit!

AZVK als Waffe in anstehenden Verteilungskämpfen

Mit der Pandemie bewegt sich die kapitalistische Wirtschaft in die schwerwiegendste Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In vielen Branchen beobachten wir einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Als erstes trifft es prekär beschäftigte Kolleg:innen, insbesondere Frauen und migrantisierte Beschäftigte am Rand des Arbeitsmarktes, bevor die Entlassungen in den Kern der Belegschaften vorstoßen. Es steht zu erwarten, dass die Arbeitslosig-

keit mittel- bis langfristig zunehmen wird, wenn die staatlichen Hilfen abnehmen und die bis jetzt künstlich am Leben gehaltenen Zombieunternehmen insolvent gehen. Die Digitalisierung und der dringend erforderliche ökologische Umbau, insbesondere der Automobilindustrie, werden zu einer weiteren Freisetzung von Arbeitskräften führen. Arbeitszeitverkürzung ist seit jeher ein Instrument der organisierten Lohnarbeitenden, Beschäftigung zu sichern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Und daher fordern wir auch heute eine Umverteilung der Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung und Zeitwohlstand für Alle!

Das Kapital hat bereits damit begonnen, die gegenwärtige Situation zu nutzen, um unsere Zukunft nach seinem Bilde zu gestalten: Unternehmensverbände drängen auf längere (Lebens-) Arbeitszeiten, gesteigerte Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit sowie eine weitere Umverteilung von Unten nach Oben.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet auch eine Verknappung des Angebots an Arbeitskräften. Sie führt damit zu einer Stärkung unserer Macht und unserer Konfliktfähigkeit. Das ist vor allem wichtig, um die an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängten Beschäftigten ins Zentrum zu rücken. Damit ist radikale Arbeitszeitverkürzung für uns ebenso eine wichtige Waffe in den anstehenden Verteilungskämpfen. Wir dürfen dem Kapital das Feld nicht überlassen!

RAZV und Geschlechtergerechtigkeit

Die Krise hat auch einmal mehr offengelegt, was seit jeher ein Strukturmerkmal kapitalistischer Produktion und Reproduktion gewesen ist: Es sind die Frauen, die die unbezahlte Arbeit im Sorgebereich leisten bzw. zu leisten haben. Ungeachtet der beruflichen Stellung ist es mit der Geschlechtergerechtigkeit offenbar nicht allzuweit her, wenn es zur Krise kommt und die staatlich organisierten Bildungseinrichtungen und „Verwahrstationen“ nicht zur Verfügung stehen. Dann sind es v.a. die Mütter, die wie selbstverständlich alles zurück- und umstellen (müssen), um für die Kinder da zu sein. Wie eine Freundin zu mir sagte: „Im Homeoffice arbeiten, Kinder beschulen und den Haushalt schmeißen, das sind DREI Jobs.“ Wir fordern eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und die Abschaffung der Vollzeitnorm.

Damit wollen wir die materiellen Bedingungen der Möglichkeit für eine geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit sowie bezahlter und unbezahlter Arbeit schaffen!

Neuorganisation gesellschaftlicher Arbeit

Die objektiven Bedingungen für radikale Arbeitszeitverkürzung sind da: Ein enormer gesellschaftlicher Reichtum und ein enormer Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Was heute in nur 4 Stunden produziert werden kann, ist viel mehr als das, was vor einhundert Jahren in 8 Stunden produziert wurde. Und trotz dem arbeiten wir immer noch 8 Stunden und mehr am Tag. Das ist auch ökologischer Wahnsinn! Die Produktivitätsgewinne der letzten Jahrzehnte sind ausschließlich ans Kapital gegangen. Dagegen fordern wir eine radikale Umverteilung von Arbeit und Zeit. Der emanzipatorische Kampf für eine bessere Zukunft beginnt jetzt: Wir brauchen eine Neuorganisation der (gesellschaftlichen) Arbeit, solidarisch und bedürfnisorientiert!

Weniger Arbeitszeit für alle bedeutet mehr Gesundheitsschutz, mehr Zeit für Sorgearbeit, mehr Zeit für sich und mehr Zeit für die politische und ökologisch nachhaltige Gestaltung unserer Gesellschaft. Wir haben gar keine Zeit, so viel zu arbeiten!

Wir fordern den 4-Stunden-Tag bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Holen wir uns unsere Zeit zurück! Und wer soll das bezahlen? DAS KAPITAL!

Solidarisch gegen die Pandemie – in Kassel und weltweit!

Gruppe d.o.r.n.

Liebe Freund:innen,
Liebe Mitstreiter:innen,

wir freuen uns, dass wir heute gemeinsam für eine andere, eine solidarische Gesellschaft auf die Straße gehen. Gemeinsam mit Euch, sowie mit tausenden anderen Menschen in diesem Land und weltweit. Denn der 1. Mai war und ist immer ein globaler Kampftag der Arbeiter:innenklasse – und diese Perspektive ist heute notwendiger denn je.

Die Corona-Pandemie ist eine Bedrohung, die letztlich nur global eingedämmt werden kann. Sie macht deutlich, dass unser Leben im globalen Kapitalismus untrennbar mit dem Leben vieler Menschen überall auf der Welt verbunden ist. Das gilt zum Beispiel auch, wenn unsere Versorgung mit günstigen FFP2-Masken unmittelbar von der funktionierenden Ausbeutung chinesischer Arbeiter:innen abhängt.

Lasst uns daher gerade in der Pandemie dafür kämpfen, diese ausbeuterischen Verknüpfungen zu lösen und sie durch etwas anderes ersetzen – indem wir unsere Kämpfe über alle Grenzen hinweg miteinander verbinden!

Schauen wir zunächst auf Europa. Die Corona-Pandemie hat viele Länder hart getroffen, von Ungarn und Tschechien bis Belgien und Italien. Insgesamt gab es in der EU bis heute über 650.000 Tote im Zusammenhang mit Covid-19. Überbelegte Krankenstationen, zu wenig Personal, Kolleg:innen, die vollkommen überlastet und teils mit unzureichenden Schutzmaßnahmen ihre Arbeit getan haben und dafür auch noch schlecht bezahlt werden – dieses Bild hat sich in Europa vielfach wiederholt. Dass

die Gesundheitssysteme der Belastung zeitweise nicht gewachsen waren ist keineswegs nur auf die Pandemie zurückzuführen. Es ist die direkte Konsequenz der europäischen Krisenpolitik, die maßgeblich auf Druck der deutschen Regierung in der Finanzkrise ab 2007 durchgesetzt wurde. Dabei wurden die Gesundheitssysteme in ganz Europa systematisch kaputtgespart und privatisiert. Deshalb demonstrieren auch heute wieder in vielen europäischen Ländern die Beschäftigten des Gesundheitssektors für eine Verbesserung ihrer Situation. Schließen wir uns ihrer Forderung an: Gesundheit darf nicht länger eine Ware sein! Kämpfen wir für ein solidarisches Gesundheitssystem für alle!

Schauen wir auf die europäischen Außengrenzen, an denen unzählige Menschen festsitzen, die aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind oder sich auf die legitime Suche nach einem besseren Leben gemacht haben. In den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln ist die Gefahr an Covid zu erkranken ungleich höher. Nach dem Brand im Lager Moria im September 2020 hat sich die Bundesregierung bereit erklärt 1.553 Geflüchtete aufzunehmen. Das Programm ist mittlerweile beendet. Tausende Menschen sitzen weiterhin in der Perspektivlosigkeit fest bzw. sind von Abschiebungen in die Türkei bedroht.

Und auch diejenigen, die es hierher geschafft haben und zum Teil seit Jahren hier leben, sind der Pandemie stärker ausgesetzt, nicht nur, weil viele in den Unterkünften auf zu engem Raum mit anderen Leben müssen. In Zeiten, in denen erzwungene Immobilität als Mittel der Pandemiebekämpfung gilt, finden zugleich zahlreiche Abschiebungen statt. Die bereits vor Corona unhaltbare Situation an den europäischen Außengrenzen sowie die deutsche Abschiebepolitik sind und bleiben ein Skandal.

Eine solidarische Antwort auf die Pandemie beinhaltet auch: Alle Abschiebungen müssen gestoppt werden! Nehmt die Menschen auf!

Jedes Leben muss zählen! In Pandemiezeiten und danach!

Die Lage der Geflüchteten an Europas Grenzen verweist auch darauf, dass die Pandemie global gesehen für viele Menschen weiterhin nur eine Bedrohung unter vielen ist. Wer etwa in

Kriegsgebieten in Syrien, Mali oder Afghanistan lebt, hat andere existentielle Probleme. Damit die Corona-Pandemie die Lage der Menschen dort nicht noch weiter verschlimmert, braucht es unbedingt schnelle Unterstützung – vor allem in Form von Impfstofflieferungen.

Weltweit wurden bisher etwa 1 Milliarde Impfdosen verabreicht. Die Hälfte davon ist allerdings allein in den USA, Großbritannien und der EU verbraucht worden. Während hier in Deutschland über eine Aufhebung der Impfpriorisierung diskutiert wird, wartet in vielen Ländern selbst das Krankenhauspersonal noch auf einen Impftermin. Deshalb fordern über 100 Länder des globalen Südens die sofortige Freigabe der Patente auf Impfstoffe.

Im Sinne einer solidarischen Antwort auf die Pandemie schließen wir uns dieser Forderung an: Pharmapatente abschaffen! Impfstoffe und andere Medikamente für alle!

Die weltweite Ungleichheit zwischen arm und reich, zu der auch gehört, dass Menschen der Pandemie in unterschiedlichem Ausmaß ausgesetzt sind, hat sich im letzten Jahr weiter verschärft. In Zukunft wird es dabei um die Frage gehen, wer die massiven Kosten der aktuellen Krise trägt. Hier ist Druck von uns für eine andere Politik notwendig, damit die Kosten weder in Deutschland noch anderswo einmal mehr auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden. Die 4-Stunden-Liga hat ja schon aufgezeigt, wie das hier aussehen kann. Machen wir klar, dass die Eindämmung der Pandemie und die Bewältigung ihrer Folgen im Interesse aller Lohnabhängigen nur gelingen kann, wenn wir alle gemeinsam am Aufbau einer anderen, solidarischen Welt arbeiten.

Unsere Antwort muss daher lauten:

Stehen wir solidarisch gegen die Pandemie – in Kassel und weltweit!

Die Kosten der Krise dürfen nirgends auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden!

Lock work down! - zahlen muss das Kapital!

Raus aus der alten Normalität

Feminism Unlimited Kassel

In unserem Redebeitrag möchten wir einen feministischen und kritischen Blick auf die Corona-Politik werfen. Welcher Maßstab liegt ihr Heute zugrunde und was heißt das für unsere Gesellschaft von Morgen?

Wie die meisten Menschen fragen wir uns derzeit, wann die Corona-Pandemie endlich zu Ende ist. Wann kehren wir aus dem Lockdown in die Normalität zurück? Und was heißt „Normalität“ eigentlich?

Es fühlt sich an wie eine Ewigkeit, in Wirklichkeit ist es knapp über ein Jahr. Über ein Jahr im Hin- und Her von Maßnahmen, Selbstisolation und Ungewissheit. Zwischen Ego-Trips und Missmanagement von Politiker:innen sind wir ungebremst in die dritte Welle gerutscht. Ohne Perspektive wechseln wir zwischen Beschränkungen unseres Privatlebens und Lockerungen, die vor allem der Wirtschaft zugutekommen sollen. Täglich gehen Millionen von Menschen an ihre Arbeitsplätze in Büros, Fabriken, Schlachtbetrieben, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen und Kindergärten. Alles damit der „Normalbetrieb“ dieser Gesellschaft aufrechterhalten wird. Letztlich geht es dabei aber nicht um die Menschen, sondern um Profite.

Die hochgepriesene Normalität von Morgen, die uns für das Ende der Pandemie versprochen wird, bleibt damit die von Heute. Dazu kommen dann vielleicht ein paar mehr soziale und kulturelle Annehmlichkeiten und die räumliche Trennung von Lohn- und Sorgearbeit. Diese alte Normalität ist aber kein wünschenswerter Zustand. Sie ist nicht das Aufatmen, nach dem wir uns sehnen. Nach der Impfung erwartet uns nicht plötzlich eine solidarische, bedürfnis-orientierte Gesellschaft.

Her's von Heute ist der eigentliche Grund dafür, dass es morgen nicht viel besser aussieht. In einer Realität, in der die Produktion nicht stoppen darf – koste es was es wolle, auch Menschenleben. Dies ist die Realität, in der der Pflegebereich, die medizinische Versorgung und Bildungseinrichtungen unter den momentanen Belastungen personell und materiell zusammenbrechen. Und das, weil sie als unproduktive Bereiche gelten – und daran kann man schließlich SPAREN (Pun: Spahn).

In dieser Situation sind es vor allem Frauen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten, Teilzeit arbeiten, sich häufiger krankmelden, um die Kinder zu versorgen und später die Konsequenzen im Beruf und im Alter zu tragen haben. Füreinander sorgen? Das soll doch bitte in der – am besten – heterosexuellen Kleinfamilie gelebt werden. Alles andere wird erschwert oder gar nicht erst anerkannt. Es ist kein Geheimnis, dass gerade hinter verschlossenen Türen, die Gefahr für Frauen und Kinder steigt, Gewalt ausgesetzt zu sein.

Die alte Normalität – über Jahrhunderte gewachsen – ist das Ergebnis einer patriarchalen, rassistischen und kapitalistischen Produktionsweise. In diese alte Normalität wollen wir nicht zurück. Wir lehnen sie ab. Was wir wollen ist, dass der Antrieb nicht Exklusion und Ausbeutung ist, sondern Solidarität zur Normalität wird.

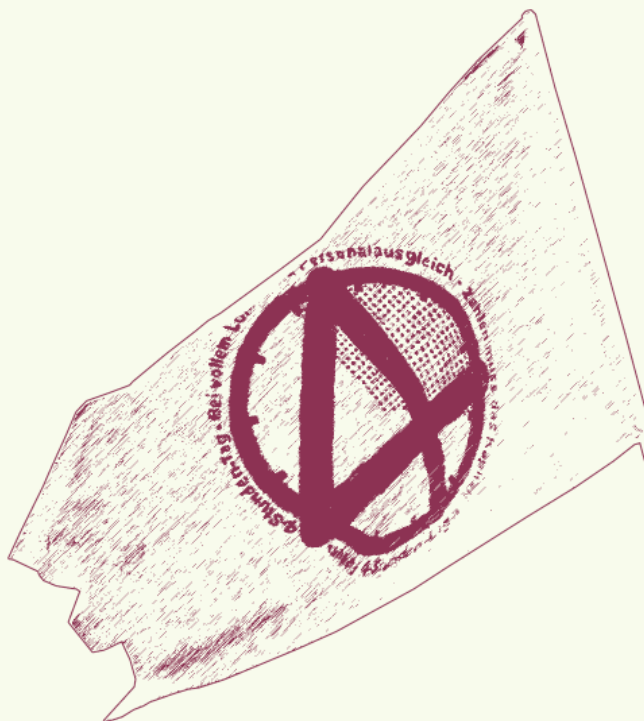
Deshalb gilt für uns das Motto dieser Demonstration nicht nur für die Pandemie, sondern immer: „Lock Work Down“. Arbeit, die nur dazu dient, weiter Profite anzuhäufen und letztlich nicht zum Erhalt des Zusammenlebens beiträgt, kann nicht Mittelpunkt einer solidarischen Gesellschaft sein.

Der Weg in eine erneuerte Normalität ist so momentan nicht möglich. Es müssen endlich effektive und solidarische Maßnahmen ergriffen werden, um die Pandemie in ihre Schranken zu weisen. Eine ehrliche Anerkennung der Belastung, die die Pandemie für uns alle darstellt, sollte doch logischerweise dazu führen zu sagen: Macht zu was geht. Auch das, was angeblich nicht geht.

Es gibt vielleicht Leute, die das Homeoffice in ihrem Einfamilienhaus mit Garten und der geteilten Sorgearbeit mit ihren

Partner:innen besser aushalten. Realistisch gesehen brauchen wir jedoch effektivere Unterstützungsstrukturen für Allein-erziehende und Patchwork-Familien, für Alleinlebende und Wahlfamilien. Statt ein Milliarden-Paket nach dem anderen in einen Industriezweig zu stecken, der bereits vor der Pandemie verdorrt war, brauchen wir nachhaltige Lösungen für Personen, die monatelang ihren Beruf nicht ausüben konnten. Wie kann es sein, dass wir nach wie vor ein „Sozialsystem“ aufrechterhalten, das Menschen dazu zwingt sich Arbeit zu suchen und jeden noch so schlechten Job anzunehmen, in dem sie potenziell Gefahr laufen, sich anzustecken, während wir gerade in einer Pandemie leben? Hier zeigt sich einmal mehr: Auch die Pandemie ist eine Klassenfrage. Sozial schlechter gestellte Personen, Personen, die in Armut leben, sind stärker von der Pandemie betroffen, können sich schlechter schützen und laufen so höhere Gefahr, sich zu infizieren.

Für unsere Normalität von Morgen fordern wir Zeit, um demokratisch und kollektiv füreinander Infrastrukturen der Solidarität und Sorge zu organisieren. Der Anteil sinnloser Lohnarbeit muss auf ein Minimum reduziert werden, damit wir uns den wirklich wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben zuwenden können: Eine bedürfnisorientierte Gesellschaft zu schaffen, die Vielfalt anerkennt und nachhaltig Zukunft gestaltet. Es braucht Teilzeit für alle als einen ersten Schritt auf dem Weg in die neue Normalität, bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Weniger und gut bezahlte Arbeit pro Kopf, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen – das könnten wir technisch, materiell und organisatorisch längst haben. Deswegen fordern wir schon ab heute – besser schon seit gestern – eine radikale Arbeitszeitverkürzung und gleichberechtigte Verteilung von Sorgearbeit, um Morgen in einer solidarischen Gesellschaft leben zu können.



Was ist eigentlich Arbeit?

Frauen&QueersStreik

Heute ist der 1. Mai, der internationale Tag der Arbeit. Aber was ist eigentlich Arbeit?

Im Kapitalismus gilt als Arbeit, was Geld einbringt. Je mehr Profit sich mit Arbeit erwirtschaften lässt, desto mehr ist sie wert. Dabei wird außer Acht gelassen, dass Arbeit nicht nur draußen in der Fabrik, im Büro oder auf der Baustelle passiert. Die meiste Arbeit findet im privaten Zuhause statt. Hinter den Fassaden der Häus-



er wird gekocht und geputzt, es werden Kinder erzogen, kranke und alte Menschen müssen gepflegt werden. Diese Tätigkeiten werden Sorgearbeit genannt. Sie sind notwendig, damit wir Menschen leben und arbeiten können. Diese Arbeiten passieren nicht mal ebenso nebenbei. Sie erfordern Zeit, Liebe und Kraft. Und trotzdem werden diese Arbeiten unsichtbar gemacht und als selbstverständlich hingenommen.

Es ist kein Zufall, dass für diese unbezahlten Arbeiten überwiegend Flint-Menschen (Frauen, Lesben, inter, non-binäre, trans) die Verantwortung übernehmen. Die finanzielle Abwertung von Sorgearbeit hat System! Und sie betrifft nicht nur die unentlohnte Arbeit im privaten Zuhause.

Dadurch, dass Sorgearbeit als weniger wertvoll gilt und entweder gar nicht oder schlecht bezahlt wird, können Kapitalist:innen größere Profite machen. Auch in Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Pflegeheimen arbeiten hauptsächlich Frauen und Queers - meistens für zu wenig Lohn und mit zu wenig Personal.

Ich bin Erzieherin und arbeite in einer Krippe. In manchen Einrichtungen sieht der Alltag so aus: Der Personalschlüssel kann aufgrund von fehlenden Bewerber:innen häufig nicht eingehalten werden. Sobald eine Kollegin ausfällt, ganz gleich, ob sie krank wird oder Urlaub hat, können wir die Aufsichtspflicht häufig nicht mehr gewährleisten. Das bringt uns Erzieher:innen rechtlich und auch psychisch in eine untragbare Situation. An manchen Arbeitstagen kann ich, wenn überhaupt, nur mit schlechtem Gewissen Pause machen. Wie soll ich mich ausruhen, wenn ich genau weiß, dass in dieser Zeit eine Kollegin für fast zehn Kinder zuständig ist? Oft bleibt mir nicht einmal die Zeit, ein Glas Wasser zu trinken oder auf Toilette zu gehen. Diese Arbeitssituation treibt mich und meine Kolleg:innen zur Erschöpfung.

Innerhalb des letzten Jahres wurden wir Erzieher:innen und andere Berufe im Pflegebereich immer wieder als "Systemrelevant" bezeichnet. Wenn wir also so relevant für dieses System sind, frag ich mich, wo die Wertschätzung dafür bleibt. Eine Wertschätzung im sozialen und finanziellen Sinne! Viele Erzieher:innen werden noch nicht mal nach Tarif bezahlt, sondern sind den willkürlich-

en Gehaltsvorstellungen ihrer Arbeitgeber ausgesetzt. Wo sollen wir die Kraft her nehmen diese Arbeit zu leisten?

Zusätzlich habe ich gar kein Interesse daran für das kapitalistische System irgendeine relevante Position einzunehmen! Mein Interesse als Erzieherin zu arbeiten, liegt im gesellschaftlichen Bereich. Mein berufliches Interesse liegt darin, Kinder zu erziehen und sie mit Liebe und Zeit beim Großwerden zu begleiten - also gesellschaftlich relevant zu sein. Ich mag meine Arbeit und möchte sie gut machen. Unter diesen Arbeitsbedingungen kann ich meinen eigenen Ansprüchen und auch denen der Gesellschaft aber nicht gerecht werden.

Um gute Arbeit leisten zu können, brauchen wir mehr Zeit, mehr Geld und mehr Personal. Als ersten Schritt fordern wir eine Entlohnung nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für ALLE Erzieher:innen!

Währenddessen werden wir dafür kämpfen, dass das patriarchale, kapitalistische System überwunden wird, denn...

FLINTAS die kämpfen sind FLINTAS die leben - lasst uns das System aus den Angeln heben!

Heraus zum 1. Mai

Women Defend Rojava

Liebe Freund:innen,
Liebe Genoss:innen,

auch wir gratulieren allen Arbeiter_innen, allen Werktätigen und Angestellten zum diesjährigen 1. Mai. Wir müssen nicht wiederholen, was die Freundinnen des Feministischen Streiks und von Feminism Unlimited Kassel bereits gesagt haben. Ihre Worte sind auch unsere Gründe heute hier zu sein.

Wir möchten mit euch aber auch einige Worte der KCK, der Union der Gemeinschaften Kurdistans zu diesem Tag teilen, die sagen: „Der 1. Mai ist der Tag, an dem die Menschen unabhängig von Hautfarbe, Religion, Sprache oder Geschlecht, ihre Sehnsucht nach einer freien und demokratischen Welt laut heraus-schreien. Sie haben den 1. Mai zu einem Tag der Demokratie, der Freiheit und des kollektiven Lebens gemacht. Der 1. Mai wurde unter großen Opfern als Tag der Einheit, der Solidarität und des Kampfes erstritten. Seitdem hat es so viele Gefallene gegeben. Wir gedenken voller Dankbarkeit und Respekt allen Gefallenen des 1. Mai und des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter.“

Wir teilen die Worte der Gemeinschaften Kurdistans mit euch, weil wir nicht umhinkommen, auch an diesem Tag über die erneuten massiven Kriegshandlungen des türkischen Regimes gegen die kurdische Bewegung zu sprechen. Wieder einmal fallen türkische Bomben mit der Unterstützung von Deutschland.

Denn während wir hier stehen, kämpfen unsere Freund:innen in den Bergen Südkurdistans gegen den türkischen Faschismus. Die Angriffe sind diesmal heftig und großflächig. Sie kommen aus der Luft, von Bodentruppen und unter Einsatz von Chemiewaffen.

Sie versuchen eine Bewegung zu zerstören, die immer auch Arbeiter:innenbewegung war. Für die kurdische Bewegung war der Kampf der Arbeiter:innen immer an eine radikale Umgestal-

tung der Gesellschaft gebunden. Dafür kämpfen sie seit über 40 Jahren. Dafür organisieren sich mittlerweile hunderttausende in der Bewegung und bauen nicht nur in Rojava ein basisdemokratisches, geschlechtergerechtes und solidarisches System auf. Und genau dafür stehen sie gerade unter dem Bombenhagel der türkischen Flieger. Dass sich in Kurdistan tatsächlich so viele Menschen miteinander organisieren, dass sie es schaffen aus ihrer Wut gegen Kapitalismus und Patriarchat ein neues System aufzubauen – das kommt uns manchmal so unfassbar weit weg vor. Und doch passiert es gerade - es ist real.

Gerade in der Pandemie fällt es uns oft schwer, unseren Blick nicht nur auf das Private zu richten, sondern zu sehen, dass von Mexiko bis Kurdistan, von Brasilien in den Sudan nach Frankreich sich Menschen für eine solidarische Miteinander einsetzen und dafür kämpfen.

Nachhaltige Lösungen der Pandemie kommen nicht von Staaten, sie kommen von sozialen Bewegungen weltweit. Die Pandemie zeigt uns wie sehr wir aufeinander achten müssen, um Menschenleben nicht leichtfertig zu gefährden. Mit der Solidarität, von der die Staaten gerade sprechen, hat das einen Scheiss zu tun. Ihre Solidarität heißt, vor, während und nach der Pandemie: Lohndumping, Privatisierung, Überwachung und Ausbeutung. So wie die Corona-Pandemie gerade durch die Staaten bearbeitet wird, wird sich an den grundlegenden Problemen nichts ändern. Wir gehen mit dieser Welt zugrunde, wenn wir sie weiter mit Egoismus, Konkurrenz und Gier zumüllen.

Aber wir sind hier, weil wir wissen, dass eine langfristige Lösung der Pandemie und Krise nur mit einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung möglich sein wird. Radikale Arbeitszeitverkürzung ist kein fixes Hirngespinnst, es ist der ernsthafte Versuch nach einem Miteinander, das grundlegend anders organisiert ist. Wenn wir radikale Arbeitszeitverkürzung von unten durchsetzen können, dann schaden wir damit dem System, das uns kaputt macht. Wir wissen, das wir genau das brauchen. Jeder einzelne der Redebeiträge ist ein Puzzleteil davon. Weil es uns und allen anderen, die die Drecksarbeit machen müssen, hilft, mehr Zeit, mehr Würde und mehr Selbstbestimmung zu er-

langen.

Wenn wir etwas von der kurdischen Bewegung lernen können, dann ist es tatsächlich wieder daran zu glauben, dass große Veränderungen möglich ist, die uns zeigt, dass der Kampf der Arbeiter:innen immer feministisch sein muss. Eine Veränderung, durch die wir solidarisch und selbstbestimmt miteinander leben können. Und wir können von ihr lernen, das wir mit unserer Suche nach Veränderung nicht allein sind.

In Solidarität mit den Kämpfer:innen in den Bergen Kurdistans.
Auf einen kämpferischen 1. Mai.



Eine klimagerechte Welt braucht klimagerechte Arbeit

Fridays For Future

Ich freue mich, heute hier für unsere FridaysForFuture Ortsgruppe Kassel sprechen zu dürfen.

Im Vorfeld wurde ich gefragt, ob wir auch was zu Arbeitszeitverkürzung sagen könnte. Zum 4-Stunden-Tag. Ich sage dazu: "Hurra, prima, sowas war noch nie da ..."

Als FridaysForFuture Kassel kann ich diese Erwartung allerdings nicht erfüllen. Aber was mache ich dann hier? Was ist eine ökologische Perspektive auf die Fragen der Zeit?

Sicherlich, ein konsequenter Lockdown aller nicht überlebenswichtiger Produktionsbereiche ist gut fürs Klima. Ressourcen, die nicht verbraucht werden - fossile Energieträger, die nicht verbrannt werden - ein Lockdown, der den Namen verdient, würde das Klima schützen, zumindest zeitweise eine weitere Verschlechterung vermeiden. Doch das kann auch keine Perspektive sein für gerechten Klimaschutz. Der Umgang der Politik mit der Corona-Krise lässt mich an den katastrophalen Umgang der Politik mit der Klimakrise denken. Hier wie dort scheint nur eins zu zählen: Profit.

Im Lockdown befindet sich derzeit scheinbar nur alles Private. Die Reproduktionsarbeit, mit Freund:innen treffen, ein Bier in der Kneipe trinken, Kinos, Partys: Alles verboten. Nur die Produktion bleibt verschont. Ich darf nachts nicht mehr spazieren gehen, bei VW ist es aber okay, wenn ich mich mit 30 Kolleg:innen treffe. Früh, spät, nachts. Rund um die Uhr.

Hauptsache ich Sorge dafür, dass weiter Profite in diesem Land erwirtschaftet werden. Und dieselbe Profitlogik wird uns zur

scheinbaren Bewältigung der Klimakrise aufgezwungen. Der Fortschritt wird uns retten. Wir müssen nur noch mehr, noch sauberere Autos bauen, CO₂-Staubsauger und E-Flugzeuge. Und schon, fast wie durch ein Wunder, sind unsere Probleme gelöst und die Menschheit gerettet. Glaubt ihr dem? Glauben wir wirklich, dass wir uns durch dieselbe Logik, die uns in die Krise geführt hat, daraus befreien können?

Die Logik heißt Aneignung, heißt Ausbeutung. Menschliche Arbeitskraft die so lange ausgeschöpft wird, bis die Menschen hoffentlich kurz nach dem Renteneintritt, bestenfalls am selben Tag, ins Gras beißen. Hauptsache es kann mehr und mehr Wert abgeschöpft werden.

Auch in der Pandemie scheint unsere Politik keine andere Antwort zu haben als WEITER SO. Und genauso wie wir uns menschliche Arbeitskraft aneignen, eignen wir uns die natürliche Arbeitskraft an und beuten sie aus, so lange wir können. Fossile Ressourcen sind der günstige Träger von Energie, auf dem unsere Wirtschaft aufgebaut wurde. Ohne Rücksicht auf Verluste wird so lange weiter gefragt, gebaggert und verbrannt, solange sich weiter Profite damit erzielen lassen.

Liebe Freund:innen, die Junge Welt titelt heute zum 1. Mai: Stabil bleiben, die Straße zurückerobern, gemeinsam und solidarisch. Und darin liegt unsere Zukunft. Solidarität ist Zukunft, so der DGB.

Solidarität, gemeinsamer Kampf, gemeinsame Visionen und Utopien. Und ich glaube, wir sind da auch als Bewegung zu bereit. Warum nicht die Arbeitszeit verkürzen, weniger produzieren? Die verbleibende Arbeit fair verteilen.

Seit über 125 Jahren kämpft die Arbeiter:innenbewegung für eine lebenswerte Zukunft. Heute am 1. Mai stehen wir als Klimagerechtigkeitsbewegung an ihrer Seite. Eine Klimagerechte Welt braucht ein Umdenken der alten Profitlogik.

Freundinnen und Freunde. Eine klimagerechte Welt braucht klimagerechte Arbeit.

Darum stehe ich heute hier.

Gegen jeden Antisemitismus

JuFo DIG

Die Zahl der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Deutschland war im letzten Jahr, wie auch in den Vorjahren auf einem erschreckend hohen Niveau. Nicht wenige antisemitische Zwischenfälle stehen dabei seit ihrem Beginn in Verbindung zur Covid-19-Pandemie. Auf die politischen Maßnahmen gegen die Pandemie wurde über den gesamten Jahresverlauf hinweg mit antisemitischen Verschwörungsmmythen, Täter-Opfer-Umkehrungen und Shoa-Bagatellisierungen reagiert. Im Mittelpunkt stehen hier die Akteure der Querdenkenbewegung.

Unter Beifall haben Rednerinnen und Redner auf den Demonstrationen der Querdenkenbewegung antisemitische Verschwörungsmmythen verbreitet. Juden wurden beschuldigt, Drahtzieher der Pandemie zu sein; die Impfungen gegen selbige seien Vorwand für das Implantieren von Mikrochips und würden mit dem Plan durchgeführt, die Kontrolle jedes Einzelnen und die Auslöschung weiter Teile der Bevölkerung herbeizuführen. Ziel sei die Errichtung einer neuen Weltordnung und die Herrschaft der Zionisten. Auch die NS-Relativierung und der Geschichtsrelativismus der Querdenker sorgten bundesweit für Empörung. Auf sämtlichen Querdenkendemstrationen waren Teilnehmende zu finden, die sich gelbe Sterne mit der Aufschrift ‚ungeimpft‘ angenäht hatten, es wurden Sticker gedruckt und verklebt, die Christian Drost neben Josef Mengele abbilden und eine junge Querdenkerin verglich sich mit Sophie Scholl. Dieser Hass bleibt nicht folgenlos. Zahlreiche Angriffe auf jüdische oder israelische Personen und Institutionen im letzten Jahr standen in direktem Zusammenhang zur Covid-19-Pandemie und nahmen explizit Bezug auf deren antisemitische Bearbeitung durch Verschwörungserzählungen.

Die gerade genannten Beispiele zeigen unserer Ansicht nach - Antisemitismus ist Konsens in der Querdenkenbewegung. Wer deren Demonstrationen also als ‚bürgerlich‘ und die Teilnehm-

enden als ‚ganz normale Leute aus allen Teilen der Gesellschaft‘ bezeichnet, tut dies meist in verharmlosender Absicht, trifft damit aber versehentlich auch einen wahren Punkt. Denn antisemitische Ressentiments finden sich in allen Teilen der Gesellschaft: In allen politischen Spektren und Parteien, bei Menschen unterschiedlicher Herkunft, Klasse und Bildungsgrad, wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung. Er reicht vom neonazistischen und islamistischen Vernichtungsantisemitismus über den obsessiven Kampf regressiver Linker gegen Israel bis zu Vorstellungen von vermeintlichen Eigenschaften von Juden in der fälschlicherweise oft sogenannten bürgerlichen Mitte.

Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und NS-Relativierung fangen aber weder bei den Querdenkern an, noch hören sie bei ihnen auf. Bei aller Schwierigkeit Antisemitismus empirisch messbar zu machen, muss doch davon ausgegangen werden, dass 20% der Bevölkerung in Deutschland antisemitische Einstellungen haben oder antisemitischen Aussagen zustimmen. 69% der Deutschen behaupten, unter ihren Vorfahren seien keine Täter und Täterinnen des Nationalsozialismus gewesen, und 18% der Deutschen gehen davon aus, ihre Vorfahren hätten Juden im NS geholfen – ein erstaunlicher Wert, wenn man bedenkt, dass nicht einmal 0,3% der Deutschen tatsächlich geholfen haben und sich Deutschland einer angeblich gelungenen Erinnerungskultur rühmt. Für all dies benötigt man keine Querdenkerinnen und Querdenker und auch die Instrumentalisierung von Widerstandsbiographien für gegenwärtiges politisches Handeln, wie im Vergleich mit Sophie Scholl, ist keine neue Erfindung der Querdenkenbewegung.

Im Anprangern und Verurteilen des so offensichtlichen Antisemitismus der Querdenkenbewegung besteht unter Antifaschistinnen und Antifaschisten und auch in weiten Teilen der übrigen Gesellschaft weitestgehender Konsens. Dass der Antisemitismus der Querdenkenbewegung sich so massiv, schamlos und vulgär äußert, macht es aber auch leicht für diejenigen, die gelernt haben, ihren Antisemitismus sozial erwünscht über Umwege zu kommunizieren, sich von diesem abzugrenzen und sich damit reinzuwaschen. Viel zu oft sind Gruppen Teil von antifaschist-

ischen Bündnissen und Zusammenschlüssen 'gegen Rechts', die sich zwar vom offenen Antisemitismus der Querdenkenbewegung jederzeit abgrenzen würden, aber durch die Dämonisierung und Delegitimierung Israels ebenfalls antisemitische Narrative bedienen. Auf den Unteilbar-Demonstrationen in Leipzig und Berlin aber auch bei dem Protest gegen den Aufmarsch der neonazistischen Partei „Die Rechte“ im Sommer 2019 in Kassel - um nur einige Beispiele zu nennen - haben sich Gruppen aus der israelfeindlich-antisemitischen Linken nahezu widerspruchslos einfügen können. Gegen 'Rechts' zu sein reicht leider oftmals als Minimalkonsens und Widersprüche werden im Interesse einer Einheitsfront ignoriert. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus verkommt aber überall dort zur Phrase, wo auf notwendige Kritik in den eigenen Reihen verzichtet wird. Wer behauptet, konsequent Antisemitismus bekämpfen zu wollen, müsste sich dafür einsetzen, dass solche Gruppen nicht länger Teil von Bündnissen sein können.

Der Grund dafür, dass Antisemitismus trotz aller Aufklärung immer noch weit verbreitet ist, liegt nach unserem Verständnis in der kapitalistischen Produktionsweise, die Antisemitismus notwendigerweise hervorbringt. Bei Antisemitismus handelt es sich nicht um ein bloßes Vorurteil, sondern um einen irrationalen Versuch der Weltdeutung und eine Rationalisierung der unverständenen abstrakten Herrschaft durch das Kapital. Die endgültige Überwindung des Antisemitismus erfordert somit die Überwindung des Kapitalismus. Doch die positive Aufhebung der falsch eingerichteten Gesellschaft steht derzeit nicht nur nicht auf der Tagesordnung, mehr noch sind Teile derjenigen, die als Bündnispartner 'gegen rechts' fungieren, selbst in antisemitischem Denken verhaftet - Antikapitalismus ist leider nicht vor Antisemitismus gefeit: Zum Beispiel dann, wenn Arbeit und Kapital pseudoantikapitalistisch ideologisch gespalten werden in einerseits vermeintlich schaffende, nützliche, natürliche Produktion und andererseits in die vermeintlich raffende, parasitäre und künstliche Zirkulation, und letztere mit den Juden assoziiert wird; dann, wenn Globalisierungsgegnerinnen und Gegner die Banken für das Übel der Welt verantwortlich machen, und dabei manchmal erschreckend ähnlich wie Neonazis klingen, die gegen

das 'Finanzjudentum' wettern; dann, wenn Israel als Brückenkopf des Kapitalismus bezeichnet wird, der vernichtet gehöre, so als ob nicht nahezu sämtliche Staaten der Welt kapitalistisch organisiert wären.

Es sieht derzeit nicht danach aus, dass die Umsetzung des Marx'schen Imperativs - alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes Wesen ist, sich in greifbarer Nähe befindet. Für uns als prozionistische Linke wird damit der laut Adorno der Welt von Hitler aufgezwungene Imperativ umso wichtiger: Nämlich dass die Menschen ihr Denken und Handeln so einzurichten hätten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe. Konkret heißt dies, dass, solange der Kapitalismus andauert, die Notwendigkeit einer unbedingten Solidarität mit einem wehrhaften Staat Israel besteht, welcher als Schutzraum für alle von Antisemitismus betroffenen Menschen fungiert.

Am Yisrael chai

Das Sozialsystem, die notwendige Basis für gesunde Arbeitsbedingungen

Solidarische Erwerbsloseninitiative Kassel

Ich möchte mich im Namen der Solidarischen Erwerbsloseninitiative Kassel herzlich für die Einladung bedanken. Wir freuen uns, dass wir heute hier aktiv teilnehmen dürfen und einen Einblick in das aktuelle soziale Sicherheitsnetz hinter dem Arbeitsmarkt geben können. Da uns wahrscheinlich noch nicht alle kennen, möchte ich uns erst einmal kurz vorstellen.

Wir, als Initiative, unterstützen ehrenamtlich unsere Mitmenschen, die auf finanzielle staatliche Hilfe angewiesen sind. Die Ursachen, warum Menschen in die Notlage gekommen sind, Hilfe in Anspruch zu nehmen, sind individuell verschieden und die Schwierigkeiten mit den zuständigen Behörden sind vielfältig. Die meisten von uns haben selbst einen Bezug zum Sozialleistungssystem und so haben wir als Gemeinschaft einen recht breiten Erfahrungsschatz. Gemeinsam im Austausch mit den Hilfesuchenden nutzen wir ihn, mit ihnen ihre Probleme zu verstehen und zu bewältigen. Auf diese Weise lernen wir auch immer wieder von- und miteinander. Für den juristischen Background geht unser engagierter Anwalt bei Bedarf gerichtlich gegen die Ungerechtigkeiten vor. Kürzlich ist uns eine ziemlich haarsträubende Eingliederungsvereinbarung mitgebracht worden, die leider kein Einzelfall ist. Bei der Erstellung überfährt das Jobcenter ahnungslose Neulinge, indem es sämtliche eigene Weisungen missachtet. Aktuell wird auch das Sozialschutz-Paket ignoriert, das als Hilfestellung in der Pandemie erlassen worden ist. Oder ganze Personengruppen, wie die Alleinerziehenden, von denen ich Euch heute ursprünglich erzählen wollte, werden benachteiligt, weil ihre Lebenssituation einfach keine Beachtung findet. Viele der Betroffenen kennen in diesem undurchsichtigen

System ihre Rechte nicht, weswegen es uns am Herzen liegt, dass den Menschen wieder bewusst wird, dass sie Rechte haben und sich zutrauen, sie entweder direkt durchzusetzen oder sich politisch zu erheben.

Derzeit ist die Gesundheit, insbesondere die der armen Bevölkerung, durch ein Virus bedroht. Dieses hat auf Grund des anhaltenden, maßlosen und verantwortungslosen Handelns einer profitorientierten Weltwirtschaft einen Nährboden gefunden. Angesichts dessen sehen wir am heutigen Tag der Arbeit die Notwendigkeit, über das destruktive Sozialsystem zu sprechen. Das sollte ja eigentlich, im Sinne der gemeinschaftlichen Fürsorge und Verantwortung, einen Großteil der Folgen der Pandemie auffangen. In diesem Zusammenhang möchte ich als Teil der Solidarischen Erwerbsloseninitiative und als Alleinerziehende mit Euch meinen Blick auf die sozialen Rahmenbedingungen teilen.

Als Mutter betrachte ich fürsorglich die Gesellschaft, aber ich sehe auch die Gesellschaft als Mutter ihrer Mitmenschen. Jeder Mensch hat verschiedene Bedürfnisse. Obwohl sie den meisten bekannt sind, werde ich dennoch auf sie mit einigen Beispielen eingehen, weil ihr Vorhandensein viel zu schnell in Vergessenheit gerät und die Bedürfnisse oft erst wahrgenommen werden, wenn sie nicht befriedigt sind. Dabei sind sie so wichtig, dass sie im Grundgesetz und in den Menschenrechten verankert sind. Es handelt sich um das biologische Bedürfnis sich gesund ernähren zu können und nicht Hunger zu leiden, nicht zu frieren, wenn es kalt ist und ruhen oder schlafen zu können, wenn die Müdigkeit einen nicht mehr auf den Beinen hält. Wir haben das Bedürfnis nach Sicherheit, frei von Bedrohung und Gewalt leben zu können, weil wir sonst vor Angst erstarren. Wir brauchen einen Raum in den wir uns zurückziehen können, wenn die Welt zu laut ist oder sich zu schnell dreht. Wir haben das meist vergessene Verlangen nach Abwechslung und Herausforderung um nicht gefangen, wie ein Tier im Käfig, dem Hospitalismus zu erliegen. Wir brauchen soziale Anerkennung und die Liebe und Herzenswärme unserer Mitmenschen, weil wir sonst vereinsamen oder innerlich erkalten. Wir haben das Bedürfnis nach Bildung auf

vielschichtiger Ebene. Wir wollen lernen, wir wollen uns selbst hinterfragen, wir sind neugierig, die Welt zu erforschen und die Grenzen des uns Bekannt zu überwinden. Unser inneres Wachstum hört mit dem körperlichen Ausgewachsensein nicht auf. Und wir haben das Bedürfnis etwas zurück zu geben, mit unserem ganz persönlichen Beitrag, die Welt schöner zu malen und anderen eine Freude zu bereiten.

All das brauchen wir, um uns selbst verwirklichen zu können. Die Freude an dem was wir tun, lässt uns gute Arbeit erbringen. Wenn wir für etwas brennen, sind wir motiviert und wachsen über uns hinaus. Wenn wir aufgehen in dem Sein und Tun und ein ausgewogenes Leben führen können, müssen wir nichts durch beispielsweise unnötigen Konsum kompensieren. Die Bedürfnisse können nicht alleinstehend betrachtet werden, sondern bilden ein komplexes System, dass bei Verletzung in ein Ungleichgewicht gerät.

Ein gutes Sozialsystem, das die individuelle Ausrichtung der allgemeinen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt, bildet die essentielle Basis für eine stabile und nachhaltige Entwicklung von Menschen, deren Kultur, Bildung, Gesundheit und Wirtschaft. Es muss das Sicherheitsnetz für unsere Arbeit sein, damit wir mutig neue Wege gehen können. Es muss von Menschen belebt werden, die von Herzen gern ihre Mitmenschen begleiten, die einen Rückschlag erlitten haben und nicht mehr sofort aufstehen können. Es ist besorgniserregend, dass das heute immer noch einer Erwähnung bedarf und keine Selbstverständlichkeit ist.

Das heutige Sozialleistungssystem arbeitet mit der Bedrohung und dem Entzug dieser existenziellen menschlichen Bedürfnisse. Sicherheit ist nur ein Trugbild und Selbstverwirklichung ist nur denen vorbehalten, denen unterm Strich nicht all zu viel Unglück widerfahren ist. Die Angst, die daraus resultiert, schadet dem allgemeinen Vertrauen in die Gemeinschaft. Menschen haben Angst, auf Hilfe angewiesen zu sein, nicht nur, weil sie befürchten, keine zubekommen, sie befürchten geächtet am Pranger zu stehen. Das dient auf der einen Seite der Aufrechterhaltung einer prestige- und profitorientierten Elitengesellschaft, die auf keinen Cent verzichten möchte; nicht einmal auf einen zu-

sätzlichen. Auf der anderen Seite führt es aber auch in einem Fall wie dieser Pandemie dazu, dass Menschen mit all ihnen zu Verfügung stehenden Mitteln versuchen, sich vor der Realität zu verschließen, weil ein Ende mit Schrecken für sie allemal besser wäre, als ein Schrecken ohne Ende. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, fordern wir einen solidarischen Lock Down, weil der Virus nicht nachts allein spazieren geht, sondern er tagsüber ins Büro oder in die Fabrik zur Arbeit geht.



Systemwandel statt Normalität

Die Linke Kassel / Thorsten Felstehausen

Liebe Genoss:innen,

der 1. Mai bleibt unser Kampftag, ein Tag der angesichts der Corona-Krise so notwendig wie lange nicht war. Auch Corona wird es nicht schaffen uns verstummen zu lassen und uns ins Private zurück zu ziehen. Nicht hier und heute auch nicht in der Nacht.

Denn trotz oder gerade wegen der seit einem Jahr grassierenden CoViD19-Pandemie bleibt für uns klar:

Wir brauchen keine Rückkehr zu dem was mal war, sondern einen radikalen Systemwandel.

Aktuell mit den seit Wochen übervollen Intensivstationen der Krankenhäuser und den inzwischen 10.000 von Toten, kann es nicht darum gehen „Deutschland wieder aufzumachen“, wie es die Querdenker fordern. Doch ebenso wenig kann es darum gehen, die oft sinnfreie obrigkeitsstaatliche Pandemiepolitik der Bundes- und Landesregierung, die zunehmend mit Polizeirepressionen durchgesetzt wird, einfach hinzunehmen.

In Anbetracht der von wahlkampfaktischen Überlegungen bestimmten Corona-Politik einzelner Landesfürsten, in Anbetracht der Aufmärsche von Verschwörungstheoretiker:innen, Nazis, Reichsbürger:innen und sonstigen für uns alle gefährlichen Spinnern, die ohne Anstand, Abstand und Mundschutz die Stadt überfluten und in Anbetracht der Polizeieinsätze, die genau diese Aufmärsche gegen linke Gegendemos durchprügeln, langt es nicht mehr, nur gegen Nazis und Coronaleugnern auf die Straße zu gehen.

Es ist doch nicht hinzunehmen, dass auf der einen Seite Menschen nach 22.00 Uhr die Wohnung nicht mehr verlassen dürfen und gleichzeitig bei Amazon, in den Schlachthöfen von Tönnis



und auf den Spagelfeldern weiter geschuftet werden darf. Das Virus geht doch nicht Nachts spazieren, es geht tagsüber arbeiten! Diese oftmals sinnfreien Maßnahmen dürfen wir nicht weiter leise murrend hinnehmen.

Wir denken, als Linke, als Ökolog:innen, als Anarchist:innen, Feminist:innen und als Gewerkschaftler:innen waren wir viel zu lange ruhig. Manchmal schon fast ein wenig staatstragend und zu sehr darauf bedacht, Corona-Maßnahmen gegen Nazis und Corona-Leugner:innen zu verteidigen. Dabei ist es schon lange an der Zeit, unsere eigenen Kämpfe auf die Straße zu tragen. Und dazu gehört eben auch, unsere Forderung nach einem bundesweiten - noch besser: EU-weiten - solidarischen Lockdown in den Vordergrund zu stellen.

Das heißt, dass wir mehr oder wenig passiv verfolgen, wie die Folgen der Pandemie auf die Einzelne und den Einzelnen abgewälzt werden, müssen wir endlich die Schließung von Amazon, aller Fabriken und Schlachthöfe, Großraumbüros, der Autoindustrie usw. bei Lohn- und Arbeitsplatzgarantie auf die Tagesordnung setzen.

Bis zu einer Eindämmung des Infektionsgeschehens sollten nur noch Krankenhäuser, überlebenswichtige Betriebe wie Wasser, Strom, Gas etc., sowie die Produktion und der Verkauf von Lebensmitteln weiterlaufen.

Ein solidarischer Lockdown heißt für uns:

- Endlich die Freigabe der Impfstoffpatente durchzusetzen. Entgegen der Profitinteressen der Konzerne müssen die Menschen in den ärmeren Ländern gleichberechtigten Zugang zu Impfungen haben
- Es muss ein EU-weites sofortiges Moratorium für Zwangsräumungen geben, wir müssen den Mietendeckel durchsetzen und Wohnraumspekulanten enteignen
- Es muss ein Überleben von kleinen Geschäften und Betrieben garantiert werden, keine Milliardenhilfen für Konzerne die in den Taschen der Aktionäre landen
- Die seit über einem Jahr eingesperrten Geflüchteten in Griech-

enland müssen aus den Lagern evakuiert werden und selbstverständlich sind unverzüglich alle Sammellager in Deutschland aufzulösen

- Wir müssen endlich gute Löhne für die, als systemrelevant gelobten, Pleger:innen, Verkäufer:innen und Erzieher:innen erkämpfen
- Wir müssen die Kulturschaffenden gut finanzieren und natürlich
- Heißt es, den sozialökologischen Umbau des Systems voranzubringen.

All das findet- ihr wisst es – nicht statt und ist auch nicht geplant. Im Gegenteil! Es soll weiter gehen wie immer. Mitten in der Pandemie wurde von der schwarz-grünen Landesregierung mit tausenden von Polizist:innen der besetzte Danni geräumt, der Kohletagebau frisst sich bei Garzweiler weiter durch die Landschaft. Die Aktienkurse steigen, viele Großkonzerne verzeichnen auch in der Pandemie Riesengewinne. Trotz oder gerade weil Gesundheitsschutz für die Arbeiter:innen nicht vorgesehen ist. Amazon hat gerade die Nutzung von FFP2-Masken verboten, weil sich daraus ein Anspruch auf längere Pausenzeiten ergeben würde.

Die Rechte der Arbeiter:innen und die individuellen Grundrechte werden europaweit weiter beschnitten, der Repressionsapparat weiter ausgebaut, für emanzipatorische Bewegungen sieht es nicht gut aus.

Vor einem Jahr, noch zu Beginn der Pandemie, stellten wir fest: „Applaus ist nicht genug!“

Wir fordern eine drastische Erhöhung der Gehälter in den schlecht bezahlten Berufen und wir fordern eine deutliche Absenkung der täglichen Arbeitszeit. Und vor dem Hintergrund des weltweiten Hauen und Stechens um Atemschutzmasken fordern wir die Vergesellschaftung aller Bereiche der Daseinsvorsorge, also der Energie- und Wasserversorgung, der Krankenhäuser, des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Produktion lebenswichtiger Güter.

Die von Steuergeldern gefüllten Staatskassen werden zur Steigerung der Militärausgaben genutzt oder zur Unterstützung brachliegender Großunternehmen, denen dafür nicht einmal eine Beschäftigungssicherung für die nächsten Jahre abgerungen wurde. Dagegen haben viele Solo- und Scheinselbstständige und kleine Gewerbetreibende keine Einnahmen mehr, Lohnabhängige wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Anstelle der berechtigten Lohnerhöhung für Berufe mit Systemrelevanz, haben sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege, in der Landwirtschaft und der Pädagog:innen weiter verschlechtert. Bis zu 12 Stunden am Stück soll das überlastete Personal in den medizinischen Berufen schon unter Normalbedingungen arbeiten. Den ausländischen Erntehelfer:innen wird bis zu 4 Monaten jeglicher Krankenversicherungsschutz vorenthalten und das bei erhöhter Ansteckungsgefahr und der Unterbringung in Mehrbettzimmern.

All das zeigt: Wir müssen uns auf heftige Verteilungskämpfe in Folge der Pandemie einstellen! Denn natürlich sollen die abhängig Beschäftigten die Rechnung bezahlen. Schon jetzt fordert die Wirtschaftslobby die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre zur Finanzierung der CoViD-19-Folgen.

Wir sagen: OHNE UNS!

Es gibt keinen Grund ein Zurück zur Normalität der Ausbeutung zu fordern! Wir machen einen Schritt nach vorne – Systemwechsel jetzt! Lasst uns die gesellschaftlichen Kämpfe verbinden, in den Betrieben, auf der Straße, in den Bewegungen – Für eine kollektive Schlagkraft in ökologischen und gesellschaftlichen Kämpfen.

Glück auf und einen schönen 1. Mai.



**Agentur für radikale
Arbeitszeitverkürzung**



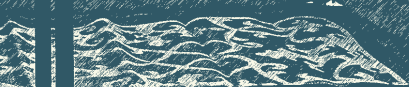


Agentur für radikale
Arbeitszeitverkürzung

2. MAI

Kampf- und
Feiertag
der
Arbeitslosen

BERLIN



Heraus zum 2. Mai, dem Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen!

Während am 1. Mai die Belange der Erwerbstätigen und der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen auf der Tagesordnung stehen, wollen wir am 2. Mai gemeinsam auf die Straße gehen, um den Fokus auf Erwerbslosigkeit zu richten und für die Interessen derer kämpfen, die systematisch aus der Sphäre der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden.

Das System der Lohnarbeit produziert Ausschluss

Erwerbslosigkeit gilt in unserer Gesellschaft meist als individuelles Versagen, dabei gehört sie zu den strukturellen Bedingungen jeder kapitalistischen Gesellschaft. Zum einen werden beständig Lohnabhängige auf die Straße gesetzt, die aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr gebraucht werden.

Gleichzeitig benötigt die kapitalistische Produktion zu jeder Zeit ein Reservoir an Arbeitskräften, auf das im Falle lockender Profite zugegriffen werden kann. Erwerbslosigkeit kann prinzipiell alle treffen und die berechtigte Angst vor Jobverlust macht Menschen gefügig und somit zur Manövriermasse im kapitalistischen Wettbewerb.

Lohnarbeit? Ich krieg die Krise

In Krisenzeiten, wie in der aktuellen Pandemie, genügt für Unternehmen meist der Verweis auf die wirtschaftlich schwierigen Bedingungen (die für sie aber eigentlich zu jeder Zeit gegeben sind) um Stellenabbau und prekäre Beschäftigungsverhältnisse öffentlich einfach rechtfertigen zu können. In diesen systemimmanenten Krisen wird die Furcht vor Jobverlust, prekären Arbeitsbedingungen oder Langzeiterwerbslosigkeit noch einmal gesteigert und Arbeitskämpfe erheblich erschwert. Umso wichtiger ist, gerade in Krisenzeiten gemeinsam für die Interessen von Lohnabhängigen und Erwerbsarbeitslosen auf die Straße zu gehen.

Erwerbslos ist nicht arbeitslos

Im Begriff der „Arbeitslosigkeit“ zeigt sich außerdem bereits die Abwertung derjenigen Tätigkeiten, die außerhalb der Erwerbsarbeit liegen. Neben dem Kampf mit dem Jobcenter und gegen das gesellschaftliche Stigma haben Erwerbslose, wie auch alle anderen, noch allerhand weitere Arbeiten zu erledigen. Darunter fallen vor allem auch Erziehungsarbeit, die Pflege von Angehörigen oder die Erledigung von Aufgaben im Haushalt – Tätigkeiten also, die leider immer noch größtenteils von Frauen* verrichtet und durch die Überhöhung der Lohnarbeit abgewertet werden.

Wir fordern daher auf dem diesjährigen Tag der Arbeitslosen:

- **Eine bessere und gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Arbeit!**
- **Mehr Zeit für Selbstverwirklichung, Politik und Reproduktionsarbeit!**
- **Das Ende von Lohnarbeits-Ethos und Stigmatisierung von Erwerbslosigkeit!**



**Agentur für radikale
Arbeitszeitverkürzung**

Freibrief für Ihre
Arbeitszeitverkürzung*

In Folge des neuen "Weniger Schuften, Mehr Leben"-Gesetzes vom 2. Mai 2021 gilt für Ihre*n
Angestellte*n eine Arbeitszeit von **20 Stunden/Woche**.
Der*Dem Angestellten ist ein voller Lohnausgleich zu zahlen.

Berlin, den 2. Mai 2021

*Zur Vorlage bei Ihrem Chef.

Wenn Sie sich bitte an Ihre Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung oder besuchen Sie unsere Website: 4hourleague.org

Erwerbslosigkeit ist notwendiger Bestandteil jeder kapitalistisch organisierten Gesellschaft

4-Stunden-Liga

Liebe Passant:innen,
Freund:innen,
Genoss:innen,

dass wir heute am Kampftag der Arbeitslosen hier protestieren hat seinen Grund darin, dass die Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft ungleich und ungerecht verteilt ist. Während einige Menschen 8 und mehr Stunden pro Tag schuften, gibt es für andere keine Aussicht überhaupt in Erwerbsarbeit zu gelangen. Für die einen gibt es den Burn-Out und für die anderen die Schikane durch das Jobcenter.

Erwerbslosigkeit ist, entgegen der weit verbreiteten Meinung, nicht selbstverschuldet, sondern ein notwendiger Bestandteil jeder kapitalistisch organisierten Gesellschaft. Sie kann prinzipiell Jede und Jeden treffen. Der Grund hierfür liegt im dauerhaften Streben nach Profit. Im Falle lockender Profite brauchen die Kapitalist:innen potentielle Arbeitskräfte, die ohne die Beeinträchtigung der laufenden Produktion für neue Unternehmungen genutzt werden können. Ungebundene Arbeitskräfte, die schnell und billig zur Verfügung stehen, bilden somit eine Grundlage von wirtschaftlichem Wachstum in dieser Gesellschaft. Zudem führt der ständige Zwang zur Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung in der Produktion dazu, dass immer wieder Leute aus der Erwerbsarbeit entlassen werden. Es entsteht somit ein permanentes Wechselspiel zwischen Anziehung und Abstoßung von Arbeitskräften. Das Reservoir an Erwerbslosen ist zwar immer in Bewegung – es vergrößert sich heute und schrumpft morgen

wieder – doch langfristig verschwinden wird es in diesem System nicht.

Aber Erwerbsarbeitslosigkeit hat auch noch andere Funktionen, die sich besonders im Hartz IV Regime zeigen. Auf der einen Seite werden Erwerbslose durch das Jobcener permanent schikaniert und unter Druck gesetzt, sodass ihnen selbst die schlimmsten Jobs noch als Befreiung aus dem System Hartz IV erscheinen. Auf der anderen Seite sollen die Menschen, die noch eine Anstellung haben, durch die ständige Drohung mit Erwerbsarbeitslosigkeit gefügig gemacht werden und sich so mit schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigem Lohn, langen Arbeitstagen und Überstunden abfinden. Beide Seiten sind demnach aufeinander verwiesen und so wird deutlich, dass die Kämpfe von Erwerbstätigen und Erwerbslosen miteinander verbunden werden müssen.

Die beschriebenen Verhältnisse sind für die meisten Menschen eine Katastrophe und dagegen gilt es sich aufzulehnen. Aufgrunddessen aber „Arbeit“ prinzipiell abzulehnen ergibt keinen Sinn. Denn schließlich muss jede Gesellschaft für ihr Fortbestehen die Produktion und Verteilung von Gütern sowie die Sorge- und Haushaltsarbeit organisieren. Das gilt auch für eine Gesellschaft, deren Ziel nicht wie im Kapitalismus hauptsächlich das Erwirtschaften von Profit, sondern die demokratisch geplante Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder ist.

Wer bei einer generellen Kritik der Arbeit stehen bleibt, übersieht diesen Zusammenhang entweder oder möchte eigentlich etwas anderes, nämlich: die Lohnarbeit kritisieren. Wird aber „Arbeit“ gesagt und „Lohnarbeit“ gemeint, dann wird nur wiederholt, was diese Gesellschaft uns tagtäglich mit auf den Weg gibt und zwar: dass jegliche Arbeit, die nicht dem Erwerb dient, eigentlich keine richtige Arbeit sei.

Die Lohnarbeit und ihre Überhöhung produzieren Ausschlüsse auf vielen Ebenen. Zum einem wird uns immer wieder deutlich gemacht, dass sich die Wertschätzung einer Person grundsätzlich auch daran bemisst, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgeht. Dadurch werden Erwerbslose permanent herabgewürdigt. Neben

den finanziellen Problemen und dem Stress mit dem Jobcenter führt das bei den Betroffenen oft zu Minderwertigkeitsgefühlen und Scham. Zum anderen erfahren durch die Idealisierung der Lohnarbeit unbezahlte Arbeiten weniger Wertschätzung. Dies wird besonders ersichtlich bei Tätigkeiten, die nach wie vor leider zum Großteil von Frauen erledigt werden. Darunter fallen beispielsweise Arbeiten im Haushalt, die Pflege von Angehörigen sowie Erziehungs- und Beziehungsarbeit. Das hat zur Folge, dass Frauen in einem traditionellen Familienmodell neben der Erwerbsarbeit noch zusätzlich für diese Tätigkeiten verantwortlich sind und somit doppelt belastet werden oder keiner Erwerbsarbeit nachgehen und so vom Mann finanziell abhängen.

Unsere Kritik zielt also prinzipiell auf die Art und Weise, wie Arbeit in unserer Gesellschaft bewertet, organisiert und verteilt wird. In Bezug auf die Lohnarbeit kritisieren wir den permanenten Ausschluss von Erwerbslosen und den Zwang, den Großteil unserer Lebenszeit für eine Gesellschaft zu schuften, deren Zweck nicht die Befriedigung unserer Bedürfnisse sondern die Erzeugung von Profiten ist und die so Mensch und Natur permanent zerstört. In Bezug auf die Haushalts- und Sorgearbeit kritisieren wir, dass sie ungerechterweise größtenteils immer noch von Frauen erledigt wird und weniger Wertschätzung erfährt.

Diese Gesellschaft samt ihrer Lohnarbeit gehört abgeschafft!

Wir müssen uns aber bewusst machen, dass es bis zur Abschaffung ein langer Weg ist und dass sich die aufgeworfenen Probleme nicht von selbst lösen. Außerdem sollten wir gerade am Tag der Arbeitslosen nicht aus dem Blick verlieren, dass sich Erwerbslosen größtenteils erst mal nichts sehnlicher wünschen, als wieder in die Lohnarbeit eingegliedert zu werden.

Mit der Forderung nach einem 4-Stunden-Arbeitstag wollen wir einen Weg zwischen Utopie und Realität aufzeigen – einen Weg, der im Hier und Jetzt ansetzt und trotzdem die dringliche, Fragen aufwirft, wofür wir unsere Lebenszeit eigentlich nutzen wollen, was menschenwürdiges und nachhaltiges Arbeiten sowie ein gutes Leben für alle bedeutet.

Der 4-Stunden-Normalarbeitstag löst nicht automatisch all

die aufgeworfenen Probleme und muss natürlich mit weiteren Kämpfen verbunden werden.

Er bietet zunächst aber folgende Perspektiven:

- Für Erwerbslose aus der Erwerbslosigkeit rauszukommen, da die Erwerbsarbeit anders aufgeteilt werden könnte. Denn wenn alle nur noch 4 Stunden arbeiten, könnten die Menschen, die nach einem Job suchen, die restlichen 4 Stunden übernehmen (natürlich bei vollem Personal und Lohnausgleich und bezahlt vom Kapital). Wer wissen möchte, wie so eine Umverteilung von Arbeitszeit aussieht, meldet sich bitte in unserer Agentur für Arbeitszeitverkürzung an
- Haushalts- und Sorgearbeit könnte besser verteilt werden, da unabhängig vom Geschlecht mehr Zeit dafür zur Verfügung steht
- Vollzeitarbeitende hätten demnach auch mehr Zeit für politisches Engagement, Kultur und Selbstverwirklichung
- Zu guter Letzt wird mit dieser Forderung auch die Frage nach Zeitwohlstand gestellt und danach warum wir uns überhaupt von einer kapitalistischen Wirtschaft vorgeben lassen sollten, wie, wofür und wie lange wir zu arbeiten haben.



Gewinner und Verlierer der Covid-19-Krise

Linksjugend Solid

Die Pandemie hat seit über einem Jahr fast alle Bereiche unseres Lebens fest im Griff. Ob es jetzt schwierigere Arbeitsbedingungen sind oder Familien, die sich nicht sehen können, weil manche Angehörige einer Risikogruppe angehören. Gerade auch für Familien mit Kindern ist es sehr schwer, wenn die Grundschulkinder zu Hause unterrichtet werden, dann müssen die Eltern sehr viel Unterstützung leisten. Und gerade auch Familien, die in prekären Verhältnissen leben, also die nichts oder sehr wenig verdienen- für die ist es nochmal besonders schwer. Wenn sie mehrere Kinder haben, dann müssen auch immer mehrere Geräte gleichzeitig zur Verfügung stehen, mit denen die Kinder an den Videokonferenzen teilnehmen können, sowie ausreichende Räumlichkeiten, damit die Kinder nicht direkt nebeneinandersitzen müssen und sich gegenseitig in die Konferenzen (rein)quatschen. Seit kurzem gibt es ein kostenloses Mittagessen an den Berliner Grundschulen und da diese geschlossen sind, fällt das natürlich auch ersatzlos weg. Familien, die sich ohnehin nicht viel leisten können, haben jetzt noch mehr Ausgaben.

Es gibt seit einiger Zeit die FFP2-Maskenpflicht, aber die Masken sind ziemlich teuer, aber der Hartz-IV-Regel-Satz wird nicht dafür erhöht. Im Februar hat ein Kläger in Karlsruhe für sich erstritten, dass ihm die Masken bezahlt werden. Bei anderen Gerichten wurden Klagen abgewiesen, mit der Begründung, man müsse ja jetzt nicht mehr so viel Bahn fahren oder könnte nicht mehr ins Kino gehen. Das ist wirklich ein Skandal. Jetzt wo pandemiebedingt Stress entsteht, werden Hartz-IV-Empfänger*innen allein gelassen. Von Hartz-IV-Empfänger*innen wird erwartet, dass sie zu Hause bleiben und auch, dass sie sich nicht irgendwelche Sachen kaufen, wie DVDs oder Videospiele, um die Zeit irgend-

wie zu überbrücken. Gerade jetzt wo man sich auch nicht so einfach mit Freund:innen treffen kann, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren.

Und durch Corona gab es ja auch richtig viele Entlassungen, z.B. In der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche. Und dadurch gibt es jetzt auch so viele neue Arbeitslose, die jetzt schauen müssen, wie sie zurechtkommen.

Und natürlich auch die Krise auch Gewinner. Unter anderem wäre dazu nennen Dieter Schwartz, ihm gehört u.a. Lidl. Laut dem Forbes-Magazin hat er seit Beginn der Pandemie bis September 2020, also ein Zeitraum von ungefähr 6 Monaten, 11,1 Mio. Euro dazuverdient. Summen, von denen die meisten Leute noch nicht einmal träumen können, sie jemals in ihrem Leben zu besitzen. Im September 2020 hatte er insgesamt über 30 Mrd. Euro auf seinem Bankkonto. 30 Mrd. Euro- das muss man sich mal überlegen. Und das wird inzwischen auch angestiegen sein. Wofür braucht denn ein Mensch so viel Geld?

Und Zum Beispiel Beate Heister und Karl Albrecht Jr., denen gehört Aldi, die haben „nur“ 4,3 Mrd. Euro verdient von März bis September 2020 verdient, aber nun haben sie stattliche 35 Mrd. Euro. Sowieso ist es komplett unverständlich auch der Perspektive der arbeitenden Klasse und der Erwerbslosen, warum es nicht eine Vermögenssteuer gibt und der Reichtum umverteilt wird, damit alle gut leben können. Und jetzt gerade in der Krise, wo sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich nochmal deutlicher herauskristallisieren, wird nochmal klarer: keine Familie braucht Milliarden von Euro und wir haben alle verdient ein gutes Leben zu führen.

Danke.

Gespräche mit Betroffenen

4-Stunden-Liga

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung,
Liebe Passantinnen und Passanten,

auch von meiner Seite ein herzliches Hallo, ich freue mich sehr darüber, dass ihr heute, am Kampftag der Arbeitslosen, hier erschienen seid. Mein Name ist Jessica und ich bin Teil der 4-Stunden-Liga, eine der Gruppen, die diese Kundgebung heute organisiert und möglich gemacht haben.

Teil unserer Vorbereitung auf den heutigen Tag war eine Interview-Reihe, die wir mit erwerbslosen Menschen geführt haben. Über die Interviews wollten wir uns der Lebensrealität Betroffener abseits von Zahlen und Fakten aus Dokumentationen und Statistiken nähern, den Erwerbslosen sozusagen eine Stimme geben.

Anfangs dachten wir noch, dass die Interviews keine schwierige Sache werden würden. Bereiten wir halt ein paar Fragen vor, laden Menschen zu Gesprächen ein und schauen mal, wohin uns die Interviews führen werden - so dachten wir uns das zumindest. Teil eins – also die Erstellung von Fragen – stellte auch kein Problem dar und war schnell erledigt. Erst mit der Suche nach Gesprächspartner*innen wurde es kompliziert. Sowohl die Betroffenen aus unserem direkten Umfeld, als auch die Menschen aus den Arbeitslosen-Initiativen, die wir kontaktierten, waren nicht an einem Gespräch mit uns interessiert. Immer wieder erhielten wir Absagen mit der Info, dass sich die Betroffenen nicht zu ihrer Situation äußern wollen, teilweise erhielten wir einfach gar keine Reaktion auf unsere Anfragen.

Keiner der angefragten Personen ist diese Reaktion vorzuwerfen. Auch ich habe, als ich das letzte Mal keinen bezahlten Job hatte, nur meinem engsten Umfeld davon erzählt. Der Grund dafür ist ebenso einfach wie tragisch: Ich wollte mich nicht rechtfertigen müssen, wollte nicht erklären, warum mir mein Arbeitge-

ber gekündigt hatte, wollte mir nicht unterstellen lassen, dass es meine Schuld sei. Ich hatte keine Lust auf Fragen danach, ob ich schon etwas Neues in Aussicht hätte, ob ich auch genug Bewerbungen schreiben würde, wie lange ich noch vorhätte arbeitslos zu sein und den Steuerzahlern auf der Tasche zu liegen.

In unserer Gesellschaft spielt bezahlte Lohnarbeit DIE zentrale Rolle. Haste was, biste was. Haste nix, biste auch nix. Wer also will schon darüber reden, dass er oder sie gerade nicht brav Tag für Tag zur Arbeit geht und pünktlich auf der Matte steht um vollen Einsatz zu zeigen. Die Erwartungen an uns sind, dass wir die Wirtschaft ankurbeln, das Bruttoinlandsprodukt pushen, dass wir unsere Arbeitskraft und unsere Lebenszeit verkaufen, dass wir ungefragt funktionieren und das System am Laufen halten. Es spielt dabei keine Rolle, ob wir unsere Jobs gerne machen, ob wir damit zufrieden sind, einen Sinn in ihnen sehen, ob es uns damit gut geht. Werden wir den Erwartungen nicht gerecht, werden wir dafür abgewertet und beschämt.

Trotz der schwierigen Umstände haben wir schließlich doch noch einige Menschen gefunden, die bereit waren, ihre Erfahrungen als Erwerbslose mit uns zu teilen. Sie haben uns davon berichtet, welche Emotionen für sie mit ihrer Erwerbslosigkeit verbunden sind, was Arbeit und Arbeitslosigkeit für sie bedeutet, wie sie sich von der Gesellschaft wahrgenommen fühlen. Die Gespräche mit ihnen waren inspirierend, bewegend und auch aufbauend. Ihre Situation ist nicht einfach, aber für alle auch ein Moment, um klar zu sehen, zu reflektieren und nach neuen Lösungen suchen zu können. Lasst uns uns zusammen tun und gemeinsam kämpfen!

Im Namen der Interview-Gruppe bedanke ich mich bei unseren Gesprächspartner*innen.

Hier kommen ihre Berichte: (Ton ab)

Jugendarbeitslosigkeit effektiv bekämpfen!

SDAJ Berlin

Hallo,

ich bin von der SDAJ – wir sind ein Jugendverband und möchten heute am Kampftag der Erwerbslosen über Jugendarbeitslosigkeit sprechen. In Berlin sind 11 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren erwerbslos. Und viele von uns kennen das aus unserem Alltag, unzählige abgelehnte Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz oder ein hangeln von unbezahltem Praktikum zu unbezahltem Praktikum, ohne jemals einen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen. Die Corona -Krise hat die wirtschaftliche Krise nur noch verschärft. Schon vorher wurden Ausbildungsplätze gestrichen und Stellen abgebaut. Und oft genug sind es gerade die Berufsanfänger die als Erste entlassen werden. Den prekären Jobs, Befristungen und Leiharbeit bestimmen die Jobperspektiven von Jugendlichen. Eine garantierte Übernahme nach der Ausbildung gibt es nur in Betrieben, die stark gewerkschaftlich organisiert sind, denn sogar den Anfang unseres Erwerbslebens müssen wir uns erkämpfen.

Die Perspektivlosigkeit der Jugend wird ausgenutzt um schlechtere Arbeitsbedingungen, niedrige Ausbildungsvergütungen und unbezahlte Praktika durchzusetzen. Sie wird ausgenutzt, um mit der Bundeswehr an Schulen und Ausbildungsstätten junge Menschen fürs Sterben und Kämpfen für den deutschen Imperialismus anzuwerben. Das deutsche Kapital baut auf unsere Perspektivlosigkeit. Denn es hat System, dass junge Menschen keinen Fuß ins Arbeitsleben kriegen außer wir treten die Tür ein. Diesem System ist es egal ob wir eine gute Ausbildung bekommen, das haben die letzten Monate deutlich gezeigt – trotz einem Jahr Pandemie gibt es keine Konzepte für Onlineunterricht in den Berufsschulen oder Ausbildung auch im Home-Office. Junge Menschen werden viel zu oft als billige Arbeitskräfte missbraucht

und auf ihre Gesundheit wird keine Rücksicht genommen. Und das gilt nur für die die irgendeine Art von Job ergattern konnten. Nicht erst seit der Corona-Krise stehen viele Jugendliche nach der Schule oder der Ausbildung erstmal im Jobcenter an. Und was sie da bekommen ist keine Hilfe. Hier werden Jugendliche in sinnlose Maßnahmen gezwungen unter Androhung der Streichung von Leistungen. Denn schon früh sollen wir Angst davor bekommen unseren Job zu verlieren. Die erwerbslose „Reservearmee“ der Jugendlichen soll uns zeigen, wir können ausgetauscht werden, wenn wir uns wegen der schlechten Ausbildungsbedingungen beschweren oder wenn wir höhere Löhne fordern.

Der Kapitalismus lebt davon, dass die Menschen ohne Eigentum an Produktionsmitteln für die Kapitalisten arbeiten müssen. Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Und um den Preis ihrer Arbeitskraft niedrig zu halten ist es gut, wenn es viele gibt die ihre Arbeitskraft verkaufen wollen. Angebot und Nachfrage – noch so eine Sache die der Markt mal wieder super regelt. Das heißt die Konzerne haben ein Interesse daran, dass es Erwerbslose gibt, denn wenn alle Arbeit hätten würde das die Löhne in die Höhe treiben. Die Jugend ist also nicht ohne Arbeit weil wir alle faul sind und in der Schule nicht aufgepasst haben sondern weil es dem System nützt.

Denn Arbeit ist genug da, die Wirtschaft ist produktiv wie nie. Wir können viel mehr Produkte in viel weniger Zeit herstellen. Und laut einer Studie der IHK machen sogar 67% der Auszubildenden regelmäßig Überstunden. Die einen machen also Überstunden zu niedrigen Löhnen und die anderen stehen im Jobcenter. Arbeit ist genug da, wir müssten sie nur besser verteilen.

Die Lösung für weniger Erwerbslosigkeit sind nicht mehr Jobcenter und Leistungskürzungen oder „Maßnahmen“ für Jugendliche oder das hundertste Bewerbungsscoaching sondern eine radikale Arbeitszeitverkürzung – und zwar bei vollem Lohn und Personalausgleich. Wenn alle weniger Arbeiten ist mehr Arbeit für alle da. Und auch mehr Freizeit für alle.

Wir Jugendlichen wollen eine Perspektive, deshalb fordern wir:

- Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich
- Eine bessere und gerechtere Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit
- Mehr Zeit für Selbstverwirklichung, Politik und Reproduktionsarbeit
- Ein Ende von Leistungsdruck in Schule und Ausbildung
- Endstigmatisierung von Erwerbslosigkeit
- Gute Ausbildungs- und Lernbedingungen

Wir zahlen nicht für eure Krise. Unsere Zukunft- nicht ihre Profite!



Der Brandbeschleuniger sozialer Ungleichheit

Frauen- und Kiezkommune Wedding*

Tausende Menschen haben sich im Wedding seit Ausbruch der Pandemie arbeitslos gemeldet. Im Wedding, wo schon vor der Krise hohe Zahlen an Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, sowie Kinder- und Altersarmut für viele unserer Nachbar*innen nicht nur Statistiken sind, sondern Lebensrealität.

Die Alleinerziehende, die ihren Teilzeit-Job verloren hat, der Nachbar, der nach einem Unfall von der Erwerbsminderungsrente lebt, der Geflüchtete, der keine Arbeitserlaubnis bekommt und von Abschiebung bedroht ist, die Freundin, die aufgrund ihrer trans Identität nicht eingestellt wird und kurz vor der Zwangsräumung steht, die Mutter einer Großfamilie, die die Familie nur mit Kindergeld über Wasser halten kann. All dies sind keine Einzelschicksale, sondern Probleme, die die Mehrheit von uns als Lohnabhängigen und Erwerbslosen betreffen.

Heute stehen wir im Anschluss an den ersten Mai gemeinsam mit unseren Nachbar*innen Seite an Seite. Wir stehen zusammen mit all denen, die auch vor der Pandemie schon mit der alltäglichen Schikane von Jobcenter, Ausländerbehörde und Sozialamt zu kämpfen hatten. Für die die Pandemie nur der Brandbeschleuniger für ein Leben bedeutet, das schon seit langem in Flammen steht. Leiharbeit, Niedriglöhne, Hartz-IV, Schulabbruch, steigende Mieten: an den vielen Problemen wird sich auch nach der Pandemie nichts ändern, wenn wir es nicht einfordern!

In der Krise wird deutlich, dass es oft Migrant*innen, Migrantisierte und Frauen allgemein sind, die immer wieder von einer prekären Beschäftigung in Arbeitslosigkeit wechseln und diesen Kreislauf nur schwer durchbrechen können. Die Pandemie trifft uns als Leistungsbezieher*innen, als Arme, als Frauen, als Migrant*innen am härtesten. Für uns gibt es kein zurück zur

Normalität!

Datenerhebungen stellen nun fest: das Coronavirus breitet sich vor allem in Bezirken aus, die einen hohen Anteil an Arbeitslosen haben. Prekär Beschäftigte und Erwerbslose erleiden häufiger schwere Krankheitsverläufe und sterben häufiger an dem Virus. Laut RKI lag die Sterblichkeit während der zweiten Welle in sozial benachteiligten Regionen 50 bis 70 Prozent höher. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: das Virus breitet sich nicht nur schneller aus bei Menschen, die weiter täglich in Bus und Bahn zur Arbeit fahren oder mit der Familie auf engem Raum in zu kleinen Wohnungen leben. Arme Menschen haben allgemein weder die Mittel, noch die Zeit ihre Gesundheit zu pflegen, leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen und haben häufig Vorerkrankungen. Armut im Kapitalismus und in der Pandemie ist tödlich!

Das Virus ist wie ein Brandbeschleuniger, der die Klassenunterschiede in unseren Kiezen und weltweit noch vertieft: Wo die Armut der einen tödlich endet, erhöhen einige Unternehmen ihre Gewinne in der Krise noch, bedeutet die Not der einen ein Milliardengeschäft der anderen. Der Mietendeckel ist gekippt, der Leerstand in den Seitenstraßen vermehrt sich, Abschiebungen gehören auch in Pandemiezeiten zum Normalbetrieb. Uns setzt man in Pandemiezeiten vor die Tür, wenn wir Mietschulden haben, unabhängig davon, ob der Chef pleite gegangen ist oder das Jobcenter den Bescheid nicht verlängert hat. Während wir uns fragen, wie wir die Mieterhöhung künftig zahlen, nutzen Großanleger die Pandemie, um in unseren Kiezen auf Shoppingtour zu gehen: Wohnraum und Gesundheit sind Waren. Statt gesellschaftlichem Nutzen und umfassender Versorgung aller, steht das Profitinteresse weniger im Vordergrund.

Weder am Arbeitsplatz, noch in unseren Kiezen haben wir ein Mitspracherecht. Als Lohnabhängige und Mieter*innen müssen wir unsere Lebensgestaltung kapitalistischen Zwängen unterordnen. Eigentumswohnungen und teure Gewerberäume schießen wie Pilze aus dem Boden, weil sie für die Investor*innen eine sichere Anlage bedeuten. Welche konkreten Bedarfe es bei uns im Kiez gibt, interessiert weder die Eigentümer*innen, noch die

Politik.

Existenzängste und Vereinzelung sind Folgen zunehmend prekärer Lebensumstände und einer verfehlten Wohnpolitik, die sich nicht an den Bedürfnissen einer breiten Gesellschaft orientiert. Für uns als Leistungsbezieher*innen ist gesellschaftlicher Ausschluss schon seit langem bittere Realität.

Dass die Versorgung menschlicher Bedürfnisse an das Erwirtschaften von Profit geknüpft ist, führt zu massiven Problemen. Wir alle sind darauf angewiesen, dass die Versorgung unserer Bedürfnisse auf sinnvolle Art und Weise organisiert wird. Wir alle brauchen Zugang zu Wohnraum, medizinischer Behandlung und lebenswichtigen Gütern.

Besonders stark zeigt sich diese Krise im Bereich der Sorgearbeit, also alle Tätigkeiten die von unserer Gesellschaft als Frauenarbeit angesehen werden: Kochen, Putzen, Waschen, Kinderbetreuung, Erziehung und Pflege.

Frauen, insbesondere Migrant*innen und migrantisierte Frauen, sind auf der einen Seite von Überausbeutung betroffen, arbeiten in prekären Teilzeit-Jobs, verdienen immer noch schlechter als Männer und gehören besonders in Krisenzeiten zu den ersten, die entlassen werden. In den sogenannten "systemrelevanten" Berufen verdienen sie weiterhin schlecht und sind einem massiven Druck ausgesetzt. Sorgearbeit findet aber auch immer noch wesentlich unsichtbar und unbezahlt zu Hause statt. Frauen in Hausarbeit gehören auch zu den Erwerbslosen, leisten gesellschaftlich notwendige Arbeit, jedoch ohne jegliche gesellschaftliche Anerkennung.

Sorgearbeit, ob schlecht bezahlt oder unbezahlt, ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, ist aber immer noch verhaftet in patriarchalen Geschlechterverhältnissen.

Anstatt patriarchal Unterdrückte, Frauen, trans und inter Personen, zusätzlich zu belasten, brauchen wir praktische, kollektive Strukturen im Kiez, die für alle zugänglich sind. Kostenlose, öffentliche Angebote wie Waschküchen, Gesundheitszentren und Nachbarschaftsräume haben in zunehmend gentrifizierten Kiezen jedoch keinen Platz.

Deswegen müssen wir zum Mittel der Vergesellschaftung greifen und uns in unseren Betrieben und in unser Nachbarschaft organisieren.

Jeder Stellenabbau von Großunternehmen, jede Zwangsräumung, jede Abschiebung, jede Sanktion und Leistungskürzung ist ein Angriff auf uns als Erwerbslose und prekär Beschäftigte, ein Angriff auf unsere Klasse!

Was wir brauchen, sind nicht nur bessere Arbeitsbedingungen oder mehr Geld in der Tasche. Wir brauchen kollektive Lösungen für Probleme, die uns als Gemeinschaft betreffen.

Die Voraussetzungen dafür, dem Zwang der Lohnarbeit, Misswirtschaft und staatlicher Kontrolle etwas entgegenzusetzen zu können, schaffen wir nur selbst.

Schließt euch uns als Frauen*kommune und Kiezkommune in Wedding an, für den Aufbau von kommunaler Gegenmacht und praktischer Solidarität in unseren Kiezen.

Yoga-Maßnahme

Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung

Bringe Zeigefinger und Daumen beider Hände zusammen und führe sie zu deiner Nasenwurzel.

Deine Ellenbogen und Schultern ziehen schwer nach unten. Dein Rücken ist gekrümmt.

In deinem ganzen Körper spürst du das Gewicht der Acht-Stunden-Brille - die Last des Leistungsdrucks, die Anspannung, den Tunnelblick, die Einsamkeit.

Lass dieses Gefühl auf dich wirken und mache dich bereit, dich davon zu befreien -

[MUSIK]

Reiße die Acht-Stunden-Brille auseinander und öffne deine Arme weit, dein Brustkorb weitet sich, du kannst tief durchatmen, du öffnest dich und wirst frei für all die Zeit, die dir nun zur Verfügung steht.

Du kennst deine Grenzen, du beschreibst deinen Raum - bring dazu die Arme nach vorne, schieb die Wirbelsäule zurück.

Führe deine Hände zum Herzen, du nimmst dir Zeit ganz für dich, spür die Verbindung zu dir selbst - und streck dich nun nach links und rechts, verbinde und verbünde dich mit deinen Mitmenschen, deiner Umwelt. Wir brauchen einander und solidarisieren uns.

Atme ein, streck die Arme nach oben und lass mit der Ausatmung alles los - 1 den Leistungsdruck, 2 die fehlende Anerkennung, 3 den Stress, 4 die Selbstausbeutung.

Lass dich jetzt entspannt nach unten hängen - du nimmst deine Füße wahr, die nicht länger für die Armee der Lohnarbeitsreservisten marschieren, sondern fest im Boden verankert sind und dir Stabilität geben. Greif deine Knöchel, die Schienbeine - richte mit jedem Atemzug dein Rückgrat auf. Dein Rückgrat,

deine Haltung, das bist du. Du spürst deinen Körper und wirst dir deines Selbstwertes bewusst.

Gib dir selbst eine Umarmung - dein Körper und dein Geist gehören dir, du kümmerst dich um sie und du entscheidest, wofür du sie einsetzt.

Lass die Energien frei durch dich hindurchfließen - finde deine eigene Position.

Du bist stark und wertvoll, sichtbar und selbstbestimmt!

Verlagere dein Gewicht auf ein Bein - ein Balanceakt, zwischen Lohnarbeit oder Arbeitssuche, Anträgen, Familie, Beziehungen, Hobbies, Politik, Kultur... - fokussiere einen Punkt, der sich nicht bewegt, konzentrier dich auf das, was dir Halt gibt.

So bist du angekommen, im Hier und Jetzt, um mit der Vier Stunden Liga für eine gerechtere Verteilung von Lohnarbeit und mehr Zeit zu kämpfen!



Wir organisieren Gerechtigkeit!

Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung

Wie umgehen mit der gesellschaftlichen Erwerbslosigkeit? Gibt es einen Weg Arbeit gerechter zu verteilen? Diesen Fragen hat sich die 4-Stunde-Liga Berlin angenommen und als Antwort eine Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung gegründet. Das Ziel: Durch die Halbierung der Arbeitszeit für eine Verdopplung der verfügbaren Arbeitsplätze zu sorgen. Wer soll das bezahlen? Na, die Unternehmen, deren Gewinne wir immerhin erwirtschaften.

Die Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung hat sich zum Ziel gesetzt durch eine Senkung der Arbeitszeit auf 4 Stunden pro Tag eine gerechtere Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit durchzusetzen und so eine sozial gerechtere Gesellschaft zunächst im Spiel Wirklichkeit werden zu lassen. Die Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein Konzept der 4-Stunden-Liga Berlin und fußt auf dem Gedanken, dass durch eine Halbierung der Arbeitszeit eine Verdopplung der Arbeitsstellen möglich wäre. Hast du eine 40 Stunden Woche, machen wir einfach zwei 20 Stunden Wochen draus. So werden aus einem Job zwei und wir können, wenn wir diese Idee flächendeckend umsetzen, die gesellschaftliche Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen.

Hierbei sind zwei Dinge zu beachten. 1. Ist ein voller Lohnausgleich unabdingbar für eine gerechte Verkürzung der Arbeit und eine Durchsetzung der 20 Stunden Woche. Unser Ziel ist es die bereits erkämpften tariflichen Anstellungsverhältnisse zu sichern, so dass die Kämpfe der letzten Jahrzehnte um höhere Löhne nicht mit der Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung einfach vom Tisch gewischt werden. Den Unternehmen könnte nämlich nichts lieber sein, als unnötige Arbeit zu beseitigen und dazu noch an den Lohnkosten zu schrauben. Nicht mit uns. 4-Stunden-Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich. 2. Ist die Idee der Verdopplung der Stellen durch eine Halbierung der



Arbeitszeit eine Pi mal Daumen-Rechnung, die so nicht aufgehen wird. Aus einem Job werden in der realen Welt bei AZVK nicht zwei, wenn wir Glück haben bekommen wir 1,5 am Ende raus. Hierbei geht es uns aber um eine Verdeutlichung eines gesellschaftlichen Problems und deshalb nehmen wir Ungenauigkeiten in Kauf.

Wenn es mit der 40+Stunden-Woche schon nicht genügend Arbeit für alle Menschen gibt, dann wollen wir wenigstens durch eine 20 Stunden-Woche eine Angleichung der Verhältnisse haben. Menschen, die bereits schuften, sollen weniger Arbeiten und Menschen, die keine Arbeit haben und damit aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind, sollen die Möglichkeit einer Arbeitsstelle erhalten und der sozialen Teilhabe, die diese mit sich bringt. Eine solidarische Gesellschaft verlangt eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Nicht nur deshalb, damit alle weniger arbeiten können und mehr Zeit zum Leben erhalten, sondern auch um der Spaltung und Stigmatisierung zu begegnen, die durch eine Ungleichverteilung entsteht. Arbeiter*innen schauen nämlich nicht nur mit Furcht auf die sie dauerhaft bedrohende Erwerbslosigkeit, sondern blicken nicht selten auch mit Abschätzung auf ihre erwerbslosen Brüder und Schwestern herab. Die ökonomische und damit auch soziale, kulturelle und ideologische Spaltung der Arbeiter*innen und Erwerbslosen dient nicht zuletzt der Gefügigmachung beider Seiten im alltäglichen kapitalistischen Wettrennen und sie muss daher als das erkannt werden, was sie ist, eine Waffe zur Unterdrückung und Ausbeutung aller lohnabhängigen Menschen. In der Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung konnten Arbeiter*innen und Erwerbslose zusammenkommen und erkennen, dass ihre jeweilige Situation nicht ohne die Gegenseite verstanden und verbessert werden kann. Lohnarbeit und Erwerbslosigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die erste Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung war ein voller Erfolg. Wer mit Arbeit zu uns kam, der*dem wurde sie gekürzt. Eine Bescheinigung für den Chef wurde ausgehändigt, die die Rechtmäßigkeit der Arbeitszeitverkürzung bestätigte und eine sofortige Umsetzung verlangt. Gleichzeitig übernahm

die Agentur die freigewordenen 4 Stunden täglich im jeweiligen Beruf und stellt diese der Arbeitsvermittlung zur Verfügung. Erwerbslose Menschen, die zu uns kamen, erhielten damit die Möglichkeit unter vielen Arbeitsplätzen einen auszuwählen, der zu ihnen passt. Je mehr Menschen also ihre Arbeitszeit bei uns verkürzen ließen, umso mehr Stellen und verschiedene Arbeitsfelder standen am Ende für die Erwerbslosen zur Verfügung. Die Erwerbslosen erhielten ebenso eine Bescheinigung, die ihnen die Rechtmäßigkeit der neuen Anstellung zusicherte und die künftigen Chefs bei Rückfragen auf die Agentur verwies. Selbstverständlich zählte die neue Anstellung auch nur 4 Stunden pro Tag bei vollem Lohnausgleich.

So konnten durch die Agentur am 2. 5. 2021 die Arbeitszeiten von 21 Personen radikal gekürzt und 6 arbeitszeitverkürzte Stellen an Erwerbslose vermittelt werden. Dabei variierten die Jobangebote von wissenschaftlichen Mitarbeit in Feldern wie Psychologie und Stadtplanung, über Einzelhandel bis hin zu gröberen Tätigkeiten im Bereich der Zerspannungsmechanik oder der Holzverarbeitung. Ebenso konnten Arbeitszeiten in Berufen des Care-Sektors übernommen und den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden. Je mehr Menschen ihre Arbeitszeit verkürzen lassen, desto größer wird das Reservoir an vorhandenen Berufen, in denen die Erwerbslosen Anstellung finden können.

Win/Win – die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Einen ist die Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe der Anderen!

Man hat gesehen, wie greifbar eine gerechtere Verteilung der Arbeit ist und wie eine hohe Arbeitszeit direkt mit der Höhe der Erwerbslosenzahlen zusammenhängt. Kürzen wir die Arbeitszeit, so erhalten wir viele offene Stellen, die erwerbslosen Menschen zur Verfügung gestellt werden können. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann so die Voraussetzung für eine gerechtere Verteilung der Arbeit sein. Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung ist damit eng verzahnt mit dem Kampf für die Bedürfnisse der Erwerbslosen.

Lasst uns die Utopie in die Tat umsetzen.

Eure Agentur für radikale Arbeitszeitverkürzung

